

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Zwei gleiche Schuhe?

Man stelle sich vor: Das Messer in der Hand des Chirurgen und das Messer in der Hand des Amokläufers. Zwei Messer, könnte man sagen. Und doch sind beide Gegenstände unvergleichbar. Sie dienen unterschiedlichen, ja diametral entgegengesetzten Zwecken und werden von Personen benutzt, die Gegensätzliches wollen.

Kann man zwei Staaten miteinander vergleichen, von denen der eine vier Jahrzehnte lang für den Frieden stand, während der andere den ersten verschlingende - im 50. Jahr seines Bestehens ein kleines, schwächeres Land Europas mit Bomben und Raketen überfiel? Auch hier erscheint der Vergleich abwegig.

Und doch wird in diesem Jahr des „Doppeljubiläums“ von Böswilligen, Verwirrten, Gutmeinenden und auch manchen, die es eigentlich besser wissen sollten, immer wieder der Versuch unternommen, die Gründungstage der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der imperialistischen Bundesrepublik Deutschland miteinander zu verknüpfen oder auf gleicher Ebene zu behandeln.

Natürlich besteht zwischen beiden 1949 angesiedelten Ereignissen ein enger Zusammenhang. So erscheint eine ebenso gewissenhafte wie parteiiche Analyse von Politik und Geschichte beider Staaten dringend und zwingend geboten. Aber kann man deshalb aus DDR und BRD ein Doppelpack machen? Handelt es sich etwa um zwei gleiche Schuhe, wie die kürzlich in einem Entwurfsmaterial der DKP verwendete unmarxistische Formulierung glauben machen könnte, 1989 sei „die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme versäumt“ worden?

Unter der obendrein auch noch sachlich falschen Überschrift „Deutsches Doppel. Rückblick auf 50 Jahre deutscher Zweistaatlichkeit“ bediente die linksbürgerliche Tageszeitung „Neues Deutschland“ das „deutsch-deutsche Jubiläum“ gewissermaßen in einem Aufwasch. Ohne Zweifel ist objektivistisches Herangehen an diese Thematik - nimmt man die Gesamtheit primitiver und vulgärer Verunglimpfungen der DDR - oftmals schon der Gipfel des überhaupt Erreichbaren. Und dabei ist doch gerade dieses Gemenge aus Wahrheit und Lüge besonders desorientierend.

Wir haben eine andere Sicht auf die Dinge „deutscher Zweistaatlichkeit“. Imperialismus und Sozialismus gehören für uns nicht in einen Sack. Es macht Mut, wenn ein kommunistischer Theoretiker vom Range Robert Steigerwalds in der UZ die Forderung erhebt, angesichts der Bonner Jubelgesänge die „wirkliche Rolle und Bedeutung der DDR herauszustel-

len“, die „einen enormen Beitrag zur Festigung des sozialistischen Weltsystems geleistet“ habe. In der DDR, einem der zehn führenden Industriestaaten der Welt, habe es „qualitativ bedeutsame Schritte der Frauenbefreiung, der Bildungs- und Kulturrevolution, der Erziehung im Geiste der Solidarität, des Internationalismus, der Friedensliebe“ gegeben. Wir würden dem unsererseits noch gerne die Feststellung hinzufügen: Die DDR war die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes!

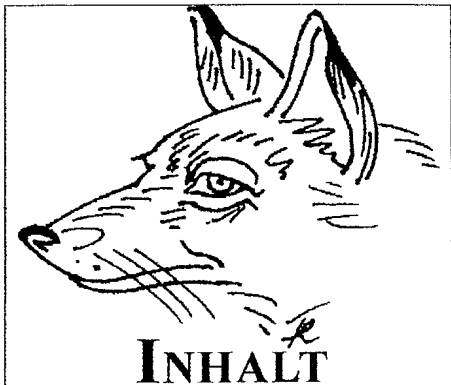
Für richtig halten wir übrigens auch die Bemerkung Robert Steigerwalds, daß der sozialistische deutsche Staat selbst dann untergegangen wäre, „wenn man die unbezweifelbaren Fehler und wichtigen Versäumnisse nicht begangen hätte - denn die zum Schluß in der UdSSR führenden Persönlichkeiten hatten die DDR schon Jahre vor ihrem Untergang preisgegeben und darüber mit dem Westen Geheimverhandlungen geführt.“

Wir begehen in diesem Jahr keine zwei Jubiläen. (Das Verb dazu heißt ja jubilieren!) Der 50. Jahrestag der BRD ist uns Anlaß zum Nachdenken über den neuerlich erfolgreichen Vormarsch des deutschen Imperialismus. Das postmortale Jubiläum der DDR bringt Schmerz und Freude zugleich - Trauer über den unwiederbringlichen Verlust und das Glücksgefühl, Bürger der DDR gewesen zu sein.

Der 14. Parteitag der DKP hat im Mai 1998 in Hannover beschlossen, eine Kommission zur Auswertung der historischen Erfahrungen der DDR und zur Vorbereitung einer Arbeitskonferenz anläßlich ihres 50. Gründungstages zu bilden. Vom Wirken dieser Kommission hat man in der Presse der Partei seither leider nichts vernommen. Jetzt gehe es einer anderen Kommission um ein Dokument, das „unsere Positionen zu den 50. Jahrestagen von BRD und DDR zusammenfassen“ solle, heißt es. Also auch hier Doppelpack durch die Hintertür? Übrigens - ausgerechnet für das Annexionswochenende 2./3. Oktober sei ist Konferenz zu BRD und DDR geplant, hört man. Wäre es nicht sinnvoll, über das Datum noch einmal nachzudenken?

Wir bleiben in jedem Falle beim 7. Oktober: Dem Tag, an dem in Berlin unser Staat geboren wurde, der dem Kapital vierzig Jahre lang Macht und Eigentum entzog, der mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begann. Dafür haben wir den Saal bestellt. Das werden wir feiern. Darauf werden wir anstoßen. Trotz alledem!

S.R.



Zwei gleiche Schuhe?	S. 1
Ist die PCF perdu?	S. 2
Der Preis fürs Kungeln	S. 2
Montenegro im Visier	S. 3
„Rache“ für „Massengräber“	S. 4
Gefährliches Vokabular	S. 5
Der Koordinator	S. 6
Doppelagent?	S. 6
Zur Substanz der DDR	S. 7
Woran sich die Geister scheiden	S. 8
Brief an einen sowjetischen Freund	S. 9
Das Loch in der Fahne	S. 10
Den Heusingers in die Suppe gespuckt	S. 11
Fließbandentscheidungen aus Karlsruhe	S. 12
Die „Menschenrechts“-Peitsche	S. 13
Washingtons Krokodilstränen	S. 14
Spektakuläre Forschungsergebnisse	S. 15
Stier, Tuch, Torero	S. 15
Kuba im Herzen	S. 16
Was ist „demokratischer Sozialismus“?	S. 17
Rückeroberung des Paradieses	S. 18
Wem dient der Eurochauvinismus?	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Reporterskizzen (15)	S. 22
Evolution und Revolution	S. 23
Anzeigen & Infos	S. 24

Vom Ausverkauf einer großen Partei

Ist die PCF perdu?

Ist die Französische Kommunistische Partei (PCF) - eine einstmals grandiose revolutionäre Klassenpartei, die noch 1976 über 21 Prozent der Stimmen der Franzosen erhielt - verloren? Ist sie dabei, im Sumpf des Opportunismus und Revisionismus, in den sie durch den Kurs der prinzipienlosen Kollaboration mit der Bourgeoisie und ihrer regierenden Sozialdemokratie geraten ist, zu versinken? Diese Frage stellen sich nicht nur die traditionellen Freunde der PCF im Ausland, sondern auch immer mehr französische Kommunisten, die den verhängnisvollen Kurs der PCF-Führung um Nationalsekretär Robert Hue ablehnen.

Seit zwei Jahren gehört die PCF in Paris offiziell zum Regierungslager, ist sie mit zwei de facto einflußlosen Ministern in das Kabinett der „pluralistischen Linken“ des Sozialdemokraten Lionel Jospin eingebunden. Es hat ohne Abstriche die Politik der bürgerlichen Vorgängerregierung fortgesetzt, mit dem reaktionär-konservativen Staatspräsidenten Jacques Chirac in der „cohabitation“ zusammengewirkt und die Republik in den NATO-Krieg gegen Jugoslawien hineingesteuert. Bei den Europawahlen am 13. Juni erhielt die PCF, die mit einer zur Hälfte aus Parteilosern aller Couleur bunt zusammengewürfelten Liste - unter ihren Spitzenkandidaten befanden sich auch ausgesprochene Kriegsbefürworter - ange-treten war, eine deutliche Quittung. Während die Grünen (Listenfürher Daniel Cohn-Bendit wandelte sich seit 1968 vom Ultralinken zum Rechten) ihren Anteil mit 9,7 Prozent verdreifachten, die Trotzkisten zum ersten Mal seit 1920 fast an das Ergebnis der PCF herankamen und sie selbst noch eine frischgegründete „Jagdpartei“ überflügelte, verlor die Partei Robert Hues in absoluten Zahlen fast die Hälfte ihrer Stimmen und fiel auf 6,8 Prozent zurück.

Durch ihre desaströse zweite Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung - ein erster Versuch hatte bereits 1984 zu einer schweren Wahlniederlage der Kommunisten geführt - wurde die PCF in eine politische Nebenrolle gedrängt. Fatal für die Partei war die sozialchauvinistische Rechtfertigung der Aggression gegen Jugoslawien. Auf einer Tagung des Nationalkomitees der PCF am 26. Mai 1999 „begründete“ Sekretariatsmitglied Francis Würtz das Verbleiben der PCF im Kriegskabinett Jospin mit „ethischen Motiven“ und der „heutigen Identität der Kommunisten“, wobei er - der gängigen NATO-Argumentation folgend - die Schuld am Krieg auf Milosevic abzuwälzen versuchte. Der Redner „würdigte“ die „ausgezeichnete Erklärung“ des Regierungschefs Jospin, der sich gerade nach monatelanger Bombardierung Jugoslawiens gegen den Einsatz von Bodentruppen ausgesprochen hatte.

Dem Übergang der PCF-Führung ins Lager der regierenden Sozialdemokratie liegt ein sich seit etlichen Jahren abzeichnender Kursverfall zugrunde, der unter Hue als „Mutation“ bekanntgeworden ist. Diese Anpassung an die tatsächlich herrschenden Kräfte ging mit einer schrittweisen Distanzierung von der marxistischen Theorie - besonders vom Leninismus - und von den mit der Sowjetunion verbundenen osteuropäischen Ländern einher, die unsinnigerweise als „stalinistisch“ bezeichnet wurden. In dem Programm „Frankreich direkt“, das vom Fernsehsender „France 2“ ausgestrahlt wurde, erklärte Robert Hue am 6. Februar 1995: „Dieses Regime (der Sozialismus - RF) ist glücklicherweise gefallen“. Am 3. Dezember 1997 distanzierte sich der Nationalsekretär in einer antikommunistischen Hetzsendung der TV-Station „France 3“ ausdrücklich von den Feststellungen des 23. Parteitags der PCF, der 1979 die Leistungen des Sozialismus - bei Kritik im Detail - ausdrücklich anerkannt hatte. „Nein, die Bilanz (der UdSSR und des sozialistischen Lagers) war nicht global positiv, im Gegenteil zu dem, was wir in jener Epoche gesagt haben. Sie ist negativ, in jeder Beziehung scheußlich“. Hue diffamierte auch die Oktoberrevolution, deren „terroristische Folgen“ er in einer dem berüchtigten „Schwarzbuch über den Kommunismus“ gewidmeten „Fragestunde“ bei RTL hervorhob.

Natürlich ist der Kurswechsel der PCF-Spitze, der zu erheblicher Beunruhigung der Basis der Partei geführt hat (schon im Juni 1997 hatten sich etwa 20 Prozent der damals befragten 60 000 Mitglieder gegen einen Eintritt in die Regierung Jospin ausgesprochen), auch voll auf die Presse der PCF durchgeschlagen. „Humanité“ und „Humanité-Dimanche“ wurden nicht nur von ihrem Hammer-und-Sichel-Symbol „befreit“, sondern auch von ihrer Identität als kommunistische Zeitungen. Hue öffnete sie ausdrücklich für Journalisten anderer politischer Farben. „Die Erneuerung unserer Zeitungen ist unerlässlich für die Beschleunigung der Mutation...“, verkündete er auf einer Tagung des PCF-Nationalkomitees am 28. Oktober 1997. Die „Humanité“ müsse vor allem die Zeitung der „kommunistischen Mutation“ sein.

Ohne Zweifel sind Robert Hue und die von seinem Apparat vertretene „Mehrheitsströmung“, die mit den Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus und den ruhmreichen Traditionen der PCF von Maurice Thorez, Jacques Duclos und Marcel Cachin gebrochen haben, nichts anderes als Verfechter des „demokratischen Sozialismus“, also der Ideologie der internationalen Sozialdemokratie. Von ihnen gehen keine kommunistischen Impulse mehr aus.

Doch die PCF ist nicht perdu. Sie bleibt eine Partei, der nach offiziellen Angaben noch

immer 264 000 Genossinnen und Genossen angehören. Viele von ihnen - besonders in den Organisationen Pas-de-Calais und Nord - stehen auf revolutionären und klassenkämpferischen Positionen. Bei ihnen wird die Flamme der Bewegung aufbewahrt, aus ihren Reihen muß früher oder später eine Kraft hervorgehen, die die marxistisch-leninistische Sache auch in Frankreich weiterträgt. Schon heute beginnt sich der Kern dieser neuen Partei - inner- und außerhalb der PCF - zu formieren.

(Quelle für den Beitrag:
„Faits & Analyses“, Paris)

Der Preis fürs Kungeln

Nach den Europa- und Kommunalwahlen stellte sich die PDS neben der CDU als Siegerin vor. Das war - was das relative und prozentuale Gesamtergebnis betraf - auch gerechtfertigt. Andere hatten schlechter abgeschnitten - im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen. Doch eine gründliche und tiefer lotende Analyse unterblieb. Auch in der UZ wurde recht euphorisch vom Vormarsch der PDS berichtet. Eberhard Czichon hat in einem hierzu argumentierenden Leserbrief an die Zeitung der DKP bereits Richtiges und Wichtiges gesagt.

Dort, wo das Kungeln der PDS-Führung mit der Kriegspartei SPD besonders sichtbar und drastisch verläuft, wo sie bereits in der Regierungsverantwortung „entzaubert“ worden ist - in ihrer Hochburg Mecklenburg-Vorpommern -, hat die PDS auch in relativen Zahlen klar an Boden verloren. Ihr Anteil ging hier um 2,4 Prozent absolut zurück. Das Festhalten des Anpassers Helmut Holter an seinem SPD-„Ziehvater“ Harald Ringstorff, die Weigerung des rechten PDS-Flügels, selbst während der NATO-Aggression gegen Jugoslawien vom unter der Reichskriegsflagge segelnden Boot der Schröder-Partei abzusteigen, hat die PDS ihre führenden Plätze in Städten wie Schwerin, Greifswald und Neubrandenburg gekostet.

Auch in Sachsen-Anhalt, wo die in der Landes-PDS tonangebenden Leute aus der „Schule“ von Roland Claus kritiklos am liebgewordenen Tolerierungsmodell festhielten, bewegte sich wenig. Hier betrug der relative Zuwachs nur 0,2 Prozent - absolut ging die Zahl der PDS-Stimmen sogar um 45 000 zurück, ähnlich wie in Berlin, wo 50 000 PDS-Wähler weniger als bei den Europawahlen von 1994 gezählt wurden. Nur die enorm hohe Wahlabstinz der SPD-Anhänger ließ das Bild dann im Ganzen rosiger als real erscheinen. Sicher ist es richtig zu sagen, daß sich die Antikriegshaltung ihrer Bundestagsfraktion zu Gunsten der PDS auswirkte. Von einer konsequenten Opposition gegenüber den Kriegsparteien konnte jedoch keine Rede sein. 65 000 wahlmündige Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, die sich 1994 für die PDS entschieden hatten und deren Stimmen diesmal bei der Endabrechnung fehlten, haben den Kunglern auf ihre Weise geantwortet. Das Fehlen von Prinzipien und das Tragen auf zwei Schultern - Nein zum Krieg und gleichzeitige Teilnahme am Hetzkonzert gegen Milosevic - zahlen sich für eine linke Partei nie aus.

R.F

Wird James Shea bald wieder grinsen?

Montenegro im Visier

Ist nach Kosovo nun Montenegro dran? Der Krieg sei zu Ende, heißt es. Aber die albanische UCK führt ihn fort. Und die Kriegsziele von USA und NATO sind nicht erreicht: Slobodan Milosevic ist weiter jugoslawischer Präsident; Kosovos Abspaltung steht vor Problemen; Montenegro ist noch immer ein Bundesstaat der BRJ, keine Provinz und auch kein autonomes Gebiet.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber gab - wie einst Genscher für die jugoslawischen Bundesstaaten Kroatien und Slowenien, wie Jockel Fischer für Kosovo - eine Art Startsignal. Der gewählte Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien dürfe die „Autonomie Montenegros nicht antasten“. Amerikas NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General Clark, „lotete seine Möglichkeiten aus“, falls „Milosevic nach Montenegro greifen“ sollte. US-Kriegsminister Cohen wollte sich „nicht dazu äußern, ob die USA oder die NATO im Falle eines Einsatzes der jugoslawischen Armee in Montenegro militärisch durchgreifen“. Und die Mafia-Meute der NATO-Medien richtet ihr volles Rohr auf Milosevic und auf jugoslawische Soldaten in Montenegro, das sich unter seiner „prowestlichen“ Teilregierung selbständig machen wolle.

Montenegro ist - wie gesagt - ein Bundesstaat der BRJ, Jugoslawien aber ist Mitglied der Vereinten Nationen und sein dreimal gewählter Präsident heißt Slobodan Milosevic. Jugoslawische Truppen befinden sich erstens in Montenegro, weil dieses zu Jugoslawien gehört wie Bayern zur Bundesrepublik Deutschland, und zweitens aufgrund des Abkommens über Kosovo: sie sind vom jugoslawischen Kosovo ins jugoslawische Montenegro marschiert und haben dort, auf eigenem Territorium, Stellung bezogen - vertragsgemäß 25 Kilometer entfernt von der Grenze zum derzeitigen NATO-Protektorat Kosovo.

Was also soll die neuerliche Kriegshetze gegen Milosevic um Montenegro?

Es ist keine neue, sondern die alte Kosovo-Hetze, nur umgepolt auf Montenegro, das den strategischen Zugang Jugoslawiens zur Adriabedeutet. Es gab keinen „Kosovo-Konflikt“, sondern eine NATO-Aggression, keinen „Kosovo-Krieg“, sondern einen NATO-Krieg gegen Jugoslawien - unter Führung der USA und mit maßgeblicher Be-

teiligung der deutschen Bundeswehr (von den deutschen Medien ganz zu schweigen). Das neue NATO-Feindbild dient dem alten NATO-Kriegsziel: Jugoslawien muß weg! Denn Jugoslawien ist der einzige Staat auf dem Balkan, der dem totalen Abbau des Sozialismus in Europa widerstanden hat. Ein solches Jugoslawien steht im Wege. Es stört die Absichten, die aufgemunterte Imperialisten in Bezug auf Kiew und Moskau (auf ihrem Vormarsch zu den Ölfeldern des Kaspischen Meeres) hegen. Kosovo war nur eine Etappe auf diesem Weg, Milosevics Sturz soll eine Voraussetzung für ihn sein. Das Rezept ist nicht verändert. Es erfährt nur eine Neuauflage. Was Bonn einst unter der Parole „Wir sind ein Volk“ mit Hilfe seiner „Bürgerrechtler“ gegen die Deutsche Demokratische Republik unternahm, soll nun Jugoslawiens landesverräterische „Opposition“ besorgen: Die Regierung in Belgrad destabilisieren. Mit aktiver Beihilfe amerikanischer, britischer, deutscher und anderer Agenten (und mit maßgeblicher Schützenhilfe der Medien dieser Länder) wird eine umfassende, sich steigernde Hetze betrieben - nicht ohnegleichen, sondern wie schon in Rambouillet, Kosovo, Brüssel, Köln und wo sonst noch Herren der NATO ihre Taktik entwickelt haben. Den „hilfreichen“ KFOR-Besatzern fällt die Aufgabe zu, täglich - gemeinsam mit den Waffenbrüdern von der UCK - neue „Massengräber“ zu entdecken, in denen nicht etwa Opfer des NATO-Luftterrors eilig verscharrt sind - nein, die bösen Serben waren's, und Erzbösewicht Milosevic hat's befohlen ...

Es wäre doch gelacht, wenn sich bei diesem Wust von Horrormeldungen nicht willige Vorschreiber (man denke nur an Scharping) und verdummte, verhetzte Nachschreiber fänden, die dem Sturz des „Kriegsverbrecherregimes“ in Belgrad entgegenrücken. Im serbischen Volk finden sie allerdings nur eine Minderheit. Aber die NATO-Medien machen aus jedem Fluch auf die NATO einen

„Aufschrei gegen Milosevic“, aus jeder Zusammenrottung von Menschen ohne Gedächtnis und Verstand einen „Aufruhr gegen Belgrad“ und aus jedem Kollaborateur (wie dem nach Montenegro desertierten Djindjic) einen „Helden der westlichen Welt“, den „Führer“ einer „Allianz für den Wechsel“. Mikrofone und Kameras, Schreibmaschinen und anderes Gerät stehen allzeit bereit.

Was kommt nach Kosovo und Montenegro? In Moskau meldet sich Bürgermeister Luschkow, den manche im Westen gern als Jelzins Nachfolger sehen möchten, zu Wort. Er, der sich bisher mit panslawistischen Treueschwüren („serbisches Volk - Brudervolk“) hervortat, ruft plötzlich zur Verschärfung der Erpressungspolitik gegenüber Belgrad auf Ungarn, Bulgarien und Rumänien beugen sich dem NATO-Druck und gewähren russischen Flugzeugen erst nach langem Hin und Her das Überflugsrecht mit Nachschub und Verstärkung für die russischen Einheiten im Kosovo. Tschernomyrdins verräterischer Schmusekurs gegenüber dem Westen stößt auf den Widerstand russischer Militärs. Die Kräfte, die Boris Jelzin mühsam aufrechterhalten, ließen ihn das „Manöver 99“ kritisieren, mit dem russische Einheiten die Abwehr eines Angriffs übten und dabei mit Flugzeugen bis an die Grenze von NATO-Staaten vorstießen. Das Argument hoher Offiziere in Moskau: Die westliche Allianz könne nach Jugoslawien eines Tages auch Rußland angreifen.

Und zwischen Belgrad und Moskau liegt Minsk, zwischen Jugoslawien und Rußland Lukaschenkos Belorußland (wo ja auch nicht alles nach Washingtons Vorstellungen läuft). Amerikas Globalstrategie ist durchschaubar. Oder - wie es in der Toyota-Reklame heißt: Nichts ist unmöglich! Man sollte sich darauf einstellen. Damit dem NATO-Pausenclown Shea das Grinsen vergeht.

Karl-Eduard von Schnitzler

Foto: Otto Hämmerle



Neues Kapitel der antiserbischen Greuelpropaganda

„Rache“ für „Massengräber“

Weder mit dem strategisch geplanten Bombenterror gegen die Völker Jugoslawiens und deren Lebensgrundlagen - so wurden allein 164 große Staatsbetriebe zerstört - noch mit den pausenlosen Angriffen gegen die im Kosovo dislozierten Verbände der BRJ-Volksarmee haben die NATO-Aggressoren ihre Kriegsziele ganz erreichen können. Die jugoslawischen Polizei- und Militäreinheiten haben sich unbesiegt mit weitgehend unversehrten Waffen und Ausrüstungen zurückgezogen, wie es die Kriegskunst erfordert, wenn der Gegner kraftmäßig weit überlegen ist und einen Teilerfolg errungen hat. Das Abkommen, das die jugoslawische Führung durch den hartnäckigen Widerstand gegen die Aggressoren erreichen konnte - ein unvermeidbarer Kompromiß - bewahrt die Armee, das Land und die zum Leben verbliebene Substanz für kommende schwere Kämpfe. Denn auch wenn es Truppen der NATO und anderer Länder gestattet, das Kosovo, das militärisch nicht zu halten war, zu besetzen und de facto in ein Protektorat zu verwandeln: Die politischen Führungszentren der Imperialisten - von ihren Generalen ganz zu schweigen - hatten weit mehr gewollt als das. So laufen die Planungen auf Hochtouren, wie der totale Sieg, der bisher nicht stattgefunden hat, doch noch errungen werden kann. Darum findet die Aggression ihre Fortsetzung. Nicht mehr mit Terror aus der Luft, sondern mit nicht weniger feigen anderen Mitteln der Diversion, des Separatismus, der Sabotage, des Boykotts, der Korruption und des massenhaften Ankaufs von Politikern der antisozialistischen „Opposition“. Das ganze Arsenal von Methoden, die im Kampf gegen die Staaten des Warschauer Vertrages entwickelt wurden, soll auch hier zur Anwendung kommen. In vielen Stoß-

richtungen wird gleichzeitig vorgegangen. An der imperialistischen „Heimatfront“ erfordert das die Weiterführung und Forcierung des psychologischen Krieges. Er soll nun dazu dienen, dem NATO-Bombenterror nachträglich ein Legitimationsmäntelchen umzuhängen und zugleich künftige „humanitäre Operationen“ mental vorzubereiten. Pausenlos werden die „Schreckens-orte serbischer Greuelherrschaft“ präsentiert. Jedes Opfer des gnadenlosen Luftterrors der NATO, jeder im Kampf umgekommene UCK-Bandit, jeder zwischen die Fronten geratene unschuldige Zivilist, der den Tod gefunden hat, wird als Opfer der „serbischen Soldateska“ ausgegeben. Zu dieser Thematik erklärte Slobodan Milosevic schon am 29. April 1999 in einem Interview mit Arnaud de Borchgrave von der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press International: „Unsere regulären Streitkräfte sind höchst diszipliniert. Die paramilitärischen Kräfte (der serbischen extremen Rechten - W.H.) sind eine andere Geschichte. Uble Dinge haben sich - wie in jedem Krieg - zugetragen. Wir haben diese irregulären und selbsternannten Führer festgenommen. Einige sind bereits vor Gericht gestellt und abgeurteilt worden.“ Bei der gewachsenen Perfektion der antiserbischen „schwarzen Propaganda“ ist es schwer, Fälschungen sofort zu durchschauen. Aber durch den Überdruß der Macher tritt die Lüge doch stellenweise offen zutage. Das BRD-Fernsehen hat einige Beispiele dafür geliefert.

Szene 1. Ein Massengrab. Endlich, nicht mehr nur per Satellit geortet. „Albaner haben dort immer Blumen hingetragen“, sagt der Sprecher. Das Bild zeigt über den Blumen etwa 10 christliche Holzkreuze, die typischen Grabzeichen muslimischer Albaner.

Szene 2. Genoske Scharping und Josef Fischer besuchen die „Stätte eines Massakers“. Weiße Schutzanzüge gegen Tod und Pest. Keine Atemschutzmasken dazu ... Sie werden hinter ein Haus geleitet, wohin die Kamerameute ihnen nicht folgen darf. Nur für harte Minister. Sie kommen wieder hervor, gesenkten Blicks und mit versteineter Miene. Ein Schmierentheater wäre mit solchen Auführungen besser zu bedienen.

Szene 3: Sie ist ausnahmsweise wahr. Bundeswehrsoldaten haben ein improvisiertes Ge-

fängnis in Prizren „ausgemacht“, das sie kurz zuvor der UCK überlassen hatten. Schreie sind zu hören. Die Terroristen foltern ihre Gefangenen. Einen Serben haben sie bereits ermordet. Die Banditen werden „festgenommen“. Ein Bundeswehroffizier deutet die baldige Freilassung an: „Vorerst gibt es hier noch keine Gerichte.“ Ein Fall von unzähligen überall im Kosovo.

Doch nicht von Greueln ist jetzt die Rede, sondern von „albanischer Rache“ für „serbische Untaten“. Die Medien ziehen im sprachlichen Gleichschritt mit den Aggressoren. Tatsächlich ist es Auftrag der NATO-Truppen, den UCK-Terroristen und den Banden der albanischen Mafia den Weg freizumachen, damit sie Serben, Roma, Türken und auch jene Albaner jagen, die sich nicht als NATO-treu begreifen. Denn auch sie gibt es unter der albanischen Bevölkerung des Kosovo, die nicht 90 Prozent, wie die Medien behaupten, sondern zwei Drittel der Einwohner dieser serbischen Provinz ausmacht. Allein in Belgrad leben mehr als 100 000 Albaner in bestem Einvernehmen mit ihren serbischen und anderen Nachbarn. Die NATO braucht den Terror der UCK-Banden aber auch noch aus einem anderen Grunde, als Popanz für den Beweis der Notwendigkeit, das Kosovo total mit ihren Besatzerorganen zu überziehen, um „Recht und Ordnung“ herzustellen und die notwendigen Strukturen für die Fortsetzung der Aggression zu schaffen. Übrigens: Der für die „Balkan-Hilfe“ zuständige Boss der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ ist zufällig Manfred Schüler. Kein Unbekannter. Unter Helmut Schmidt war er der Koordinator sämtlicher BRD-Geheimdienste im Bundeskanzleramt. Jetzt kann er seine Erfahrungen spielen lassen.

Jugoslawien, sein Volk, seine Führung, seine Armee, seine Sicherheitsorgane werden ihre Wachsamkeit erhöhen und die Einheit des Landes entschlossen gegen den imperialistischen Angriff verteidigen müssen. Denn der Gegner gibt keine Ruhe. Er zieht die Schlinge enger und bereitet die nächsten Kapitel seines Szenariums vor. Eine bizarre Situation. Jeder Drecksack ruft heute über die Medien zum Sturz des rechtmäßigen Präsidenten eines souveränen Landes auf. Millionen Dollar Belohnung sind allein von der USA-Regierung für den Kopf von Slobodan Milosevic bereitgestellt worden. Die Summe übersteigt noch jene, die die Hitlerfaschisten einst für die Ergreifung Titos aussetzten. Millionen Dollar, die den Weg weisen, auf dem die Imperialisten weiter marschieren wollen. Nach Belgrad.

Werner Hoppe



Protest gegen die NATO-Aggression
Foto: Otto Hämmerle

Gysi und die Pandora-Büchse der „Vertreibung“

Gefährliches Vokabular

Mit einigem zeitlichen Abstand habe ich noch einmal über Gysis Bundestagsrede vom 15. April nachgedacht. Ja, es war in vieler Hinsicht eine engagierte Antikriegsrede und das Votum der PDS-Fraktion stellte eine deutliche Entscheidung gegen den Krieg dar. Über einiges war man sich natürlich von vornherein im klaren. Daß er den Imperialismus als Quelle der Aggression gegen Jugoslawien benennen - den US-amerikanischen und insbesondere den deutschen -, daß er Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ wiederholen würde - das war ohnehin nicht zu erwarten. Die „stalinistische“ Vokabel „Imperialismus“ ist ihm ja in bezug auf die Bonner Politik noch nie über die Lippen gekommen - da war allerhöchstens mal von „neuem deutschen Großmachtstreben“ oder von „Militarisierung der Außenpolitik“ die Rede. Daß er bei allem sprachlichen Aufwand letztlich doch die Weichspüler-Variante bevorzugt, machte die Formulierung deutlich, die Bundesregierung habe mit ihrem Beschluß zum Eintritt in den Krieg gegen Jugoslawien das Grundgesetz, die UN-Charta und den 2+4-Vertrag „verletzt“. Das klingt so, als habe jemand gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen!

Gysi wählte diese abwiegelnde Formulierung natürlich im Sinne seiner nicht aufgekündigten Vision von einer Koalitionseigenschaft der PDS mit der SPD im Jahre 2002 - da kann man mit dem rhetorischen Löffel höchstens mal ein bißchen mahmend auf den Teller klopfen, aber doch nicht gleich das ganze gute Porzellan der erhofften künftigen gemeinsamen Tafel zerschlagen! Doch dann hat Gysi am Schluß seiner Rede noch etwas gesagt, was allergrößter Aufmerksamkeit wert und allerschärfster Kritik würdig ist. Nachdem er sich zurecht gegen die Verwendung „falscher Begriffe“ durch die Gleichsetzung von „Auschwitz“ und „Kosovo“ oder von Milosevic und Hitler gewandt hatte, verfiel er selbst - man möchte es nicht glauben und kann es gar nicht fassen - in die Sprache der Revanchisten! Laut ND vom 16. April erklärte er zu den „Vertreibungen“ im Kosovo: „Vertreibungen - das wissen Sie ganz genau - haben auch die Siegermächte in bezug auf Hitler beschlossen, und zwar die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion in bezug auf die Deutschen in den Ostgebieten. Das war schlimm genug. Deshalb waren Vertreibungen bei den Faschisten keine einmalige Sache. Auch die Siegermächte haben damals leider - Sie wissen, wieviel Leid das damals bedeutet hat - Vertreibungen beschlossen. Vertreibungen sind schlimm und sie müssen im Kosovo been-

det werden“. Das, was also aus guten Gründen als Folge der verbrecherischen Kriegs- und Raubpolitik Hitlers, die sich ja schließlich bis zum katastrophalen Ende auf die uneingeschränkte Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Deutschen stützen konnte, beschlossen wurde - die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße sowie aus dem Sudetenland - nennt Herr Gysi im Bundestag „Vertreibung“! Da wundert es einen nur, daß die „Vertriebenen-Vertreter“ unter den Abgeordneten der anderen Parteien nicht spontan Beifall geklascht haben!

Hat der Mann mit der als so untrüglich gerühmten politischen Nase noch nicht gerochen, welche Kampagne die Revanchisten inzwischen zu dem Thema „Vertreibungen im Kosovo“ gestartet haben? In der FAZ häufen sich die Leserbriefe, in denen die Umsiedlungen von 1945/46 mit den „Vertreibungen im Kosovo“ gleichgesetzt werden. Exemplarisch dafür ist die Zuschrift des Berufsrevanchisten Dr. Herbert Hupka in der Ausgabe vom 17. April. Der langjährige Sprecher der „Oberschlesier“ äußerte dort: „Im Kosovo wiederholt sich auf grausame Weise, was den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, nur weil sie Deutsche waren und sind, widerfahren ist“. Das „Aufregende und Neue“ sei allerdings „die einmütig vorgetragene Forderung nach Wahrung des Rechts auf die Heimat.“ Und weiter heißt es da: „Wer vertrieben worden ist, hat einen berechtigten Anspruch auf die Wiederherstellung des ihm durch die Vertreibung geraubten Rechts auf die Heimat.“

Die Konsequenz ist klar: Heute deutsche Soldaten im Fronteinsatz für das Heimatrecht der Kosovaren, morgen deutsche Soldaten im Fronteinsatz für das „Heimatrecht der deutschen Vertriebenen“! Also, „Gen' Ostland laßt uns reiten ...“, aber diesmal mit der NATO im Rücken.

Selbst dem „Spiegel“ schwant Böses. Ahnungsvoll heißt es in der Ausgabe vom 25.4.1999: „Wenn jetzt zum ersten Mal in der Geschichte die stärkste Militärmacht dafür kämpft, daß eine vertriebene Minderheit wieder in ihre Heimat ziehen darf, könnte dieses Grundrecht anderen eigentlich nicht verwehrt werden. Kann Vertreibung verjähren? Eine Pandora-Büchse, die sich nicht schließen läßt: Viel zu tun für die NATO“.

Und so verwies denn auch ein Leser unter Hinweis auf die in der FAZ vom 19. August 1995 abgedruckten Worte eines „Weihbischofs Gerhard Pieschl“: „Es gibt nur ein einziges Mittel, Vertreibung auf Dauer zu

verhindern und das ist die Wiederherstellung des Status quo ante. Nur damit wird klar, daß Vertreibung nicht lohnt“.

„Status quo ante“ - das sind im Osten die Grenzen von 1937. Und wer wie Gysi neuerdings die Umsiedlungen nach dem Krieg im Einklang mit der Revanchistenmeute „Vertreibung“ nennt, der redet de facto diesem „Status quo ante“ das Wort. Er stellt sich damit gegen einen Grundpfeiler europäischer Friedenssicherung seit 1945: Die Unverrückbarkeit der Grenzen. Es sei daran erinnert, daß noch der Mannheimer SPD-Parteitag 1961 vor einer riesigen Deutschlandkarte an der Stirnwand des Saales stattfand, die die Grenzen von 1937 zeigte! Erst im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ rückte die SPD später wenigstens nach außen hin vom offenen Revanchismus ab. Das hinderte die Regierungen von Brandt und Schmidt jedoch nicht daran, den „staatstragenden“ Revanchistenverbänden weiterhin aus dem Bundeshaushalt großzügige finanzielle Unterstützung zu gewähren. Denn prinzipiell blieb die Karte „Ostgebiete“ auch bei der SPD im Ärmel. Kohl mußte da ja erst einmal zurückschicken, weil sonst die Zustimmung der anderen Vertragspartner zur Annexion der DDR nicht erreichbar gewesen wäre. So rang er sich zähneknirschend zur völkerrechtlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch. Ein wertloses Stück Papier, das er da unterschrieb, denn die Geschichte lehrt, daß die deutschen Militäristen solche Verträge immer nur schließen, um sie bei passender Gelegenheit zu brechen. Wenn es soweit ist, wird man sagen, die Abmachungen seien ungültig, weil „unter erpresserischem Druck“ zustande gekommen! Glaubt denn jemand im Ernst, der deutsche Imperialismus verlege seine Hauptstadt auf Dauer 60 Kilometer vor die polnische Grenze?

Aber Europa hat die Drohung, die der Umzug nach Berlin bedeutet, noch nicht begriffen. Wer registriert schon, daß BMW mit dem langjährigen Kohl-Strategieberater Teltchik in seiner Leitung jetzt als erstes deutsches Großunternehmen ein Montagewerk in Kaliningrad bauen wird? In der FAZ spricht man übrigens schon lange nicht mehr von Kaliningrad, sondern nur noch, wie sich das unter guten Deutschen gehört, von „Königsberg“. Wenigstens verbal ist damit der „Status quo ante“ schon mal wiederhergestellt.

Wird Gregor Gysi, wenn er neuerdings bereits „Umsiedlung“ durch „Vertreibung“ ersetzt, bald auch „Königsberg“ sagen, wenn er Kaliningrad meint?

Rolf Vellay

Der „Koordinator“

„Balkanisierung“ galt früher als Synonym für die strategisch motivierte Zerstückelung einer ganzen Region, für die Schaffung einer Vielzahl abhängiger Territorien und botmäßiger Kunststaaten. Dieser Aufgabe unterzieht sich das deutschland-dominierte Europa der Monopole - die EU - jetzt stubsmäßig. Die Aufteilung des Kosovo in „Schutzzonen“ (der klassische Begriff dafür heißt Protektorate!) der großen imperialistischen Mächte liefert das Modell für die Neu- und Umgestaltung „des Balkan“ als eines Aufmarschgebiets für den großen Zusammenprall mit Rußland und China als den einzigen Staaten, die Washingtons Weltherrschaftsplanen - wenn sie im Verbund handeln - noch Widerstand entgegensetzen könnten.

Bei der neuen „Balkanisierung“ in Südosteuropa spielt der deutsche Imperialismus eine Schlüsselrolle. Die Vehemenz, mit der Schröder in der EU seinen Mann - den bisherigen Bundesamtsminister Bodo Hombach - als „Balkan-Koordinator“ (man bedenke nur dieses Wort und das mit ihm verbundene Amt!) durchsetzte, zeigt deutlich, wer sich den Löwenanteil der in diesem Teil der Welt anvisierten Beute sichern will. Als Juniorpartner des deutschen Finanzkapitals ist aparterweise der Rechtsnachfolgestaat der k.u.k.-Monarchie beteiligt worden, dessen Gewährsmann Petrtsch (bisher Wiens Botschafter in Jugoslawien!) man gnädigerweise den Posten des „Bosnien-Beauftragten“ der EU überließ. Auch die so vollzogene Rückkehr der einstigen Kolonisierungsmacht Österreich nach Sarajevo entbehrt nicht der Delikatesse.

Man stelle sich vor: Der bei Sozialdemokraten alter Schule und Parteilinken verhaßte Hombach - er gehörte wie Wirtschaftsminister Müller zu jenem engen „Beraterstab“ aus Industrie und Hochfinanz, der dem niedersächsischen Regierungschef Schröder intern die Richtung vorgab - wird „für Europa den Balkan koordinieren“. Koordinieren heißt gleichschalten, beherrschen, plattmachen. Ein Dutzend Staaten ist betroffen, die im Vorfeld des Zugriffs auf Baku und das kaspische Öl in ihrer Souveränität niedergewalzt werden sollen. Erstes Kapitel der „Koordinierung“ soll die totale Zerlegung Rest-Jugoslawiens und die Etablierung eines prowestlichen Marionettenregimes in Belgrad sein. Doch die Perspektive kennt keine Grenzen. An Hombachs Job hängt möglicherweise eine ganze Kette neuer Kriege. Der Traum des „Koordinators: Ein Balkan der „Schutzzonen“, in denen die Bundeswehr den herben Charme ihrer „humanitären Aktionen“ und ihre bewährte Friedensbringerei voll ausspielen kann. Hombach ante portas - Gefahr für Europa! R.F.

Ein aufschlußreiches Buch Karl Gebauers

Doppelagent?

Unter dem zweideutigen Titel „Doppelagent“ erschienen die Erinnerungen von Karl Gebauer Anfang Juni dieses Jahres beim Verlag Edition Ost. Sie sind spannend zu lesen. Wer allerdings die reißerische Geschichte eines skrupellosen Menschen erwartet, der Diener verschiedener Geheimdienste war, wird enttäuscht sein.

Als Sicherheitsbeauftragter bei IBM in Wilhelmshaven gelangte Karl Gebauer Mitte der siebziger Jahre an Informationen über das NATO-Seekriegsprojekt „Tenne“, das er als Bedrohung des Weltfriedens betrachtete, denn es handelte sich nicht um Manövervorhaben. Vielmehr enthielt es Angriffspläne gegen die Staaten des Warschauer Vertrages im Ostseeraum.

Da seine Kindheit und Jugend durch Krieg und Nachkriegszeit geprägt waren, und sein Vater als Kommunist mehrfach inhaftiert wurde - er zählte zu den Häftlingen von Buchenwald und starb 1950 an den Folgen dieser Zeit - war Karl für neue Bedrohungen des Friedens sensibilisiert. Aus diesen Gründen suchte er schließlich die Zusammenarbeit mit dem MfS, das er einige Jahre mit wichtigen Informationen versorgte.

Aus seiner Funktion bei IBM ergab sich logischerweise, daß er Kontakte zu den westdeutschen Geheimdiensten (MAD, BND und Verfassungsschutz) unterhielt. Er schildert die groteske Situation, wie sie bei ihm in Konkurrenz Schlange standen und damit rechneten, daß es bei jeweils „bilateralen“ Kontakten blieb.

Die Schwierigkeit für ihn bestand in der menschlichen Isolierung, die eine Folge der notwendigen Verschwiegenheit war. Offene Gespräche mit Genossen des MfS, die nur in Abständen stattfanden, konnten das nicht

ausgleichen. Sicher war er für sie wegen seiner Eigenwilligkeit auch manchmal ein schwieriger Partner.

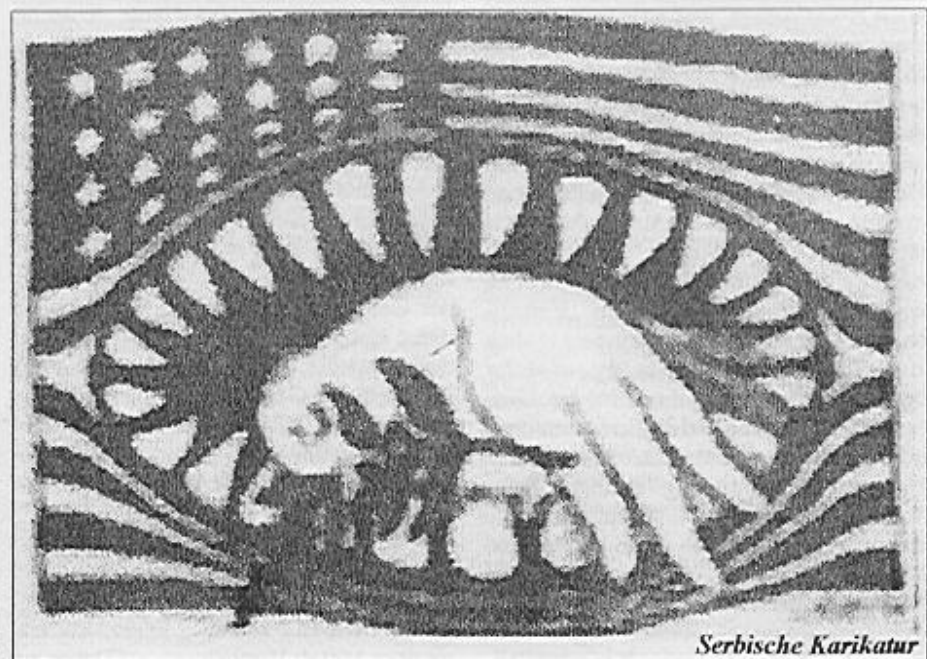
Im Blick auf diese Zusammenarbeit war Karl ein „Überzeugungstäter“. Die Kontakte zu den westdeutschen Geheimdiensten, bei denen er besondere Vorsicht walten lassen mußte, instrumentalisierte er soweit es ging. Wie er selbst betont, war und ist er kein Kommunist. Aber als im besten Sinne sozialdemokratisch denkender Mensch, der das Grundgesetz wörtlich versteht, brach er nicht erst nach den Bombenangriffen auf Jugoslawien mit der SPD, sondern schon viele Jahre vorher. Parteilich ging und geht er auch rückblickend mit der konkreten Alternative zum Kapitalismus um.

Weil Karl nicht widerrufen hat, wurde er trotz der Kontakte zu den Geheimdiensten der BRD - sie spielten in Verfahren und Urteil keine Rolle - 1992 zu 12 Jahren Gefängnis wegen „Landesverrats“ verurteilt. Er selbst verriet niemanden, wurde aber später von einem Überläufer preisgegeben. Den besonderen Halt während der Haftzeit gab ihm Aline, seine lebenswerte Lebensgefährtin, die bis dahin nichts von diesem Teil seines Lebens wußte.

Daß Karl vom Bundespräsidenten nach sechs Haftjahren aufgrund schwerer Krankheit begnadigt wurde, ist das Ergebnis hartnäckigen Protestes. Inzwischen wird für andere gekämpft. Heute darf uns das Urteil gegen Irmgard Jendretzky nicht in Ruhe lassen.

Renate Schönfeld

Karl Gebauer: *Doppelagent, Erinnerungen*. Edition Ost. 300 Seiten, DM 39,80. ISBN 3-932180-46-1



Serbische Karikatur

Die Kernfrage: Macht und Eigentum des Volkes

Zur Substanz der DDR

„Totgesagte leben länger“, heißt es. Für die DDR trifft das zu. Obwohl in der Liste der Staaten nicht mehr verzeichnet, ist sie in den Köpfen unzähliger ihrer Bürger lebendiger denn je.

Im 50. Jahr ihrer Gründung kann man feststellen: Herrn Kinkels ehrgeiziges Ziel, die DDR „zu delegitimieren“, ist trotz zehnjähriger Totschlagspolitik von Medien und Parteien, von Gerichten und Behörden nicht erreicht worden. Zehn Jahre „Delegitimierung“ scheinen sogar eher das Gegenteil bewirkt zu haben.

Um es klarzustellen: Für mich war und bleibt die DDR das qualitativ Neue, das Beste an deutscher Staatlichkeit in der Geschichte. Aber auf meine Meinung kommt es hier nicht so sehr an. Viel gewichtiger und aussagekräftiger ist die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der DDR-Bürger sein Leben in diesem Staat und ihn selbst ganz anders sieht, als es die Delegitimierer gerne hätten.

Werte, die mit dem Leben in der DDR verbunden waren, erweisen sich als zeitbeständiger und stärker im Bewußtsein der Menschen verankert, als es von vielen in den ersten Jahren nach der Zerschlagung des sozialistischen deutschen Staates angenommen wurde. Aktuelle Umfragen von Meinungsforschern ergaben: „Die Mehrheit der DDR-Bürger ist der Auffassung, daß ihr System gerechter war als das der BRD, selbst ihr Rechtssystem“. Und: „Ein hoher Prozentsatz sieht im Sozialismus den besseren Gesellschaftsentwurf“.

Interpreten solcher demoskopischen und soziologischen Untersuchungen sprechen davon, „daß es im Denken erheblicher Bevölkerungsgruppen seit Mitte der 90er Jahre einen großen Wandel gegeben“ habe. Mag sein. Vielleicht aber haben sich auch nur im Ergebnis des Zusammenpralls mit dem realen Kapitalismus die Verwirrung der ersten Zeit und der Manipulationsnebel etwas gelegt, so daß die eigenen Erfahrungen wieder stärker hervortreten.

Ich bin weit davon entfernt, Umfrageergebnisse überzubewerten, sind sie doch meist selbst ein Element der Manipulation. Aber in diesem Falle haben sie sich im Kontakt mit mir bekannten und unbekannten Mitbürgern bestätigt. In Gesprächen über Vergangenes werden die qualitativen Seiten des Lebens in der DDR meist hervorgehoben. Zur Zeit der NATO-Luftaggression gegen Jugoslawien standen ihr konsequenter Antifaschismus und ihre Friedenspolitik natürlich im Vordergrund.

Aber etwas wird vor allem deutlich. Niemand, der ernstgenommen werden möchte, bestreitet die sozialpolitischen Leistun-

gen der DDR, das Maß sozialer Sicherheit. Gerade deren Einbuße wird als besonders schmerzlich empfunden.

Arbeit war nicht nur ein selbstverständliches Menschenrecht. Sie besaß auch einen hohen moralischen Stellenwert, war oftmals mehr als bloßer Broterwerb. Sie wurde als sinngebend betrachtet, stiftete zwischenmenschliche Beziehungen, war eine Sache der persönlichen Würde und des Stolzes. Das Arbeitskollektiv, die Brigade, galt als Ort freundschaftlicher Beziehungen. In ihr wurde gelebt, fand der Gemeinschaftsgedanke Verwirklichung. Hier war die einfachste Form von Solidarität zu Hause. Im betrieblichen und sozialen Zusammenleben spielten Eigenschaften wie Haß und Neid eine weit geringere Rolle als im Kapitalismus. Es gab kein die Kollektive zerreißendes Konkurrenzdenken, wie wir es seit der „Wende“ kennen. Benno Besson hat recht: „Die Autorität der Werktätigen war eine große gesellschaftliche Qualität“.

Kürzlich sagte mir eine Arbeiterin: „In der DDR wurde ich gebraucht, da war ich wer. Jetzt erklärt mich das Arbeitsamt für schwer vermittelbar, also im Grunde genommen für unbrauchbar“. Darin kommt zum Ausdruck, was der Verlust der DDR-Werte für diese Frau bedeutet. Als ich nachfragte, worin wohl die tiefere Ursache dafür liege, daß es heute nicht mehr so sei wie damals in der DDR, sagte sie: „Jetzt bestimmt das große Geld. Da bist du machtlos.“

Ich denke, damit sind wir bei der eigentlichen Antwort auf die Frage, worin die historische Qualität der DDR wirklich bestand. Es waren die veränderten Eigentumsverhältnisse und die darauf beruhenden Machtverhältnisse. Wir haben dem Kapital vier Jahrzehnte lang in einen Drittel Deutschlands Macht und Eigentum entzogen und seine Herrschaft durch die Macht der Werktätigen und das Volkseigentum ersetzt. Auch wenn das Wissen darum verschüttet scheint und nicht jeder diesen Zusammenhang sofort benennt, ist er den meisten, die sich ihr selbständiges Denken bewahrt haben, bewußt. Das hat übrigens nichts mit bloßer Nostalgie zu tun. Es ist ein auf Erfahrung beruhendes sachliches Urteil. Die Kenntnis von Schwierigkeiten, Fehlentwicklungen und vermeidbaren oder auch unvermeidbaren Defiziten ist bei den meisten in dieses Urteil durchaus eingeschlossen. Es ist die gefühls- und verstandesmäßige Bewertung einer objektiven Realität.

Daß wir es in der DDR gewagt hatten, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse umzustürzen, hat uns das Kapital nicht

verziehen. Sie in einem gigantischen Raubzug auf Ausbeuterart zu restaurieren, war sein konterrevolutionäres Hauptziel im Zuge der Annexion der DDR. Doch 40 Jahre anderes, besseres Deutschland lassen sich nicht auslöschen.

Wir haben allen Grund, diese DDR und ihre eigentlichen Errungenschaften nicht zu vergessen. Ihre Geschichte birgt die große historische Erfahrung veränderter Eigentums- und Machtverhältnisse, die künftigen Generationen beim Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung von Nutzen sein wird. Zuerst und an erster Stelle. Ich habe keine Illusionen, aber Volker Braun trifft meine Hoffnung, wenn er eines seiner Gedichte mit den Versen schließt:

„Mein Eigentum, jetzt habt ihrs auf der Krallen.“

Wann sag ich wieder mein und meine alle.“

Dieter Itzerott

Zur Erinnerung:

„Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandssockels, Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, der Seeschifffahrt sowie der Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.“

Artikel 12/1 der Verfassung der DDR (1974)

Am Dienstag, dem 24. August 1999, findet um 19 Uhr im Parteilokal eine

Mitgliederversammlung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost statt.

Wir diskutieren u.a. über die 7. Tagung des PV und anderthalbjährige Erfahrungen mit dem „RotFuchs“ und erörtern unsere Teilnahme an der Feier zum 50. Gründungstag der DDR.

Bitte die Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen!

Woran sich die Geister scheiden

„Man wird einige Jahre warten müssen, bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen ist“, schrieb Jacob Burckhardt wenige Jahre nach der Reichsgründung. Diese Bemerkung des Baseler Historikers, der 1818 - im gleichen Jahr wie Marx - geboren wurde, klingt so aktuell, daß man sie auf die vielzitierte „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte anwenden könnte. Auch da werden die neuen Farben so dick aufgetragen, daß von dem Untergrund kaum noch etwas zu sehen ist.

Nach dem Sieg der Konterrevolution sitzen die Sieger über die Besiegten zu Gericht. SED-Diktatur und Machtmißbrauch, Verbrechen und Mißwirtschaft - mit Lügen und Verleumdungen möchte man die Erinnerung an die DDR aus dem Bewußtsein unserer Mitbürger tilgen. Da vergleicht man bedenkenlos die DDR mit dem Faschismus und manche kommen dabei sogar zu dem Schluß, daß man in der DDR noch diktatorischer als in Hitlerdeutschland verfahren wäre.

Natürlich haben wir keine Scheu, die DDR mit jedem anderen Staat der Welt zu vergleichen. Wie wäre es also, wenn wir die Pariser Kommune und die Sowjetunion mit ihr vergleichen würden?

Außer Unterschieden gibt es da auch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Einige seien hier erwähnt:

1. Als sich die Pariser Arbeiter am 18. März 1871 zum Kampf erhoben, befand sich Frankreich im Zustand einer nationalen Katastrophe. Der Deutsch-Französische Krieg endete für die französische Bourgeoisie mit einem Debakel. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Pariser Arbeiter vor die historische Aufgabe gestellt, das Schicksal der gesamten Nation in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Und wie war es 1917 in Rußland? Nachdem der Zarismus im Weltkrieg unsäglich Not über das Volk gebracht hatte, waren es die russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten, die unter der Führung der Partei der Bolschewiki in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution den Ausweg aus der nationalen Krise gewiesen haben.

Und 1945 in Deutschland? Damals waren es die Antifaschisten, die sich an die Spitze des Volkes stellten und es aus den Trümmern des 2. Weltkrieges herausführten. Heute will man davon nichts mehr wissen.

2. Von besonderer Bedeutung scheint mir bei einem Vergleich der Jahre 1871, 1917 und 1949 die Frage nach dem Charakter der Staatsmacht zu sein. Marx hat ihr bekanntlich besondere Aufmerksamkeit

geschenkt. Während er an der Adresse über den „Bürgerkrieg in Frankreich“ arbeitete, hat er jede Maßnahme der Kommune aufmerksam studiert. Aus ersten Schritten beim Aufbau der neuen Staatsmacht hat er die Tendenzen ihrer weiteren Entwicklung abgeleitet. Nach einem gründlichen Studium der Fakten kam er zu dem Schluß, daß „die Kommune die endlich entdeckte politische Form ist, unter der sich die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse vollziehen konnte.“ Die Kommune war für Marx ein Staat der sozialen Revolution. Ein Staat, in dem mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen werden.

Und was waren unter neuen historischen Bedingungen die Ziele der Sowjetmacht in Rußland und Jahrzehnte später der DDR und der anderen sozialistischen Länder? Waren diese Staaten nicht auch politische Formen, unter denen sich die ökonomische Befreiung der Ausgebeuteten vollzogen hat und mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen wurde? Natürlich bestanden Unterschiede zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern. Die Voraussetzungen waren nicht vergleichbar. Es gab objektive Schwierigkeiten, aber auch subjektive Versäumnisse, Mängel und falsche Entscheidungen. Darüber muß man reden, so wie auch Marx es sich nicht nehmen ließ, die Fehler der Kommune zu kritisieren, oder wie Lissagaray, einer der führenden Köpfe der Kommune, warnend für die Nachwelt feststellte: „Wer dem Volke falsche Revolutionslegenden erzählt, ... ist ebenso strafbar wie der Geograph, der falsche Karten für den Seefahrer entwirft“.

Und doch blieben die Kommunarden für Marx die „Himmelsstürmer von Paris“ und Lissagaray hat mit seinem berühmten Buch über die Pariser Kommune nicht minder dazu beigetragen, deren Vermächtnis künftigen Generationen zu vermitteln. Und genau um das geht es uns heute auch, wenn wir über die DDR und ihre historische Bedeutung für den Kampf um eine von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft sprechen.

3. Als 1871 die Pariser Arbeiter die Macht in ihre eigenen Hände nahmen, wurden sie von den fortgeschrittenen Arbeitern in der ganzen Welt unterstützt. Der Generalrat der Internationale solidarisierte sich mit den Pariser Kommunarden. Wie in vielen anderen Ländern, fanden auch in Deutschland Demonstrationen und Sympathiekundgebungen statt. August Bebel hielt

im Reichstag eine Rede, in der er die Kommune gegen die Lügen und Verleumdungen der herrschenden Klassen verteidigte. In seinen berühmt gewordenen Worten: „Der Kampf in Paris ist nur ein kleines Vorpostengefecht und ehe wenige Jahre ins Land gegangen, wird der Schlachtruf des Pariser Proletariats 'Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggang!' der Schlachtruf des europäischen Proletariats sein“, offenbarte sich der proletarische Internationalismus, der die Arbeiter in ihrem Verhältnis zur Kommune beseelte.

Haben die Arbeiter und mit ihnen viele fortschrittliche Kräfte in der Welt 1917 und in den Jahren danach die Oktoberrevolution nicht mit der gleichen Leidenschaft verteidigt? Unter der Losung „Hände weg von Rußland!“ manifestierte sich unter neuen historischen Bedingungen der proletarische Internationalismus gegenüber der Sowjetmacht.

Und haben wir beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, bei der Entwicklung und Festigung unserer Arbeiter- und Bauernmacht nicht ebenfalls solidarische Unterstützung erfahren? Allen voran die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, aber auch die kommunistischen - und Arbeiterparteien der kapitalistischen Staaten haben uns in diesen Jahren brüderlich zur Seite gestanden. Fortschrittliche Kräfte in der BRD, besonders die Mitglieder der KPD und später der DKP, waren uns treue Kampfgefährten und haben in der Entwicklung der DDR ihre eigene Zukunft gesehen.

4. „Die nationalen Regierungen sind eins gegenüber dem Proletariat“, schrieb Marx in „Bürgerkrieg in Frankreich“. Und so war es in der Tat. Hatten sich die preussisch-deutschen Eroberer mit den Franzosen während des Krieges blutige Schlachten geliefert, so änderte sich das mit einem Schlage, nachdem die Kommunarden die rote Fahne auf dem Pariser Rathaus gehißt hatten. Da stellten sich Bismarck und Moltke auf die Seite der nach Versailles geflüchteten Regierung. Der erste außenpolitische Akt des soeben gegründeten Deutschen Reiches war die aktive Unterstützung der Versailler Regierung bei der Niederschlagung der Kommune.

Auch nach der Oktoberrevolution waren sich die Regierungen eins gegenüber dem Proletariat. Die Interventionskriege, Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, der Kalte Krieg unter der Führung des amerikanischen Imperialismus - die Akteure haben gewechselt, die Metho-

den waren unterschiedlich, aber das Ziel blieb zu allen Zeiten die Beseitigung des Sozialismus. Die DDR hat es zu spüren bekommen.

5. Die Stellung zur Kommune wurde zum Prüfstein für revolutionäres Handeln. Während die marxistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung den Pariser Kommunarden die Treue hielten, waren es die Revisionisten, die sich von den Erfahrungen der Kommune lossagten und nach der Losung handelten: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts. Man weiß, was dabei herausgekommen ist. Von der Bewilligung der Kriegskredite führte der Weg in den 1. Weltkrieg und von da war es nur noch ein Schritt, um im Bündnis mit der Reaktion die Novemberrevolution niederzuschlagen.

Ausgerechnet ein Reaktionär wie Paul von Hindenburg, der spätere Reichspräsident und Steigbügelhalter Hitlers, war es, der diesen Verrat am Vermächtnis der Kommunarden auf den Punkt gebracht hat. Als junger Leutnant hatte er vor Paris die Kommune aus allernächster Nähe erlebt. Als er dann Jahrzehnte später seine Memoiren schrieb, betrachtete er es „als eine bittere Ironie des Schicksals, daß die einzige politische Partei Europas, die damals ... diese Bewegung verherrlichte, zur Zeit in unserem Vaterlande gezwungen ist, mit aller Schärfe gegen kommunistische Bestrebungen vorzugehen.“ Das war im Herbst 1919. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts lag noch kein Jahr zurück.

Nach 1917 war die Stellung zur Oktoberrevolution und zur Sowjetmacht zu einer Scheidelinie zwischen revolutionärer und reformistischer Politik geworden. Und heute ist es die Haltung zur DDR, an der sich die Geister scheiden. Wir sind gut beraten, wenn wir uns bei aller notwendigen Kritik zugleich auch auf das Wesentliche besinnen. Und das Wesen der DDR waren nicht ihre Defizite, sondern ihr Charakter als eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft.

Die 1871er Kommunarden wurden von der internationalen Arbeiterbewegung geehrt und geachtet, weil sie zu Vorboten und Wegbereitern einer neuen Zeit wurden. Man wird den Kommunarden unseres Jahrhunderts, die auf diesem Weg weiter vorangeschritten sind, den Respekt nicht versagen können. □

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

Aus Dr. Kurt Gossweilers persönlichem Archiv

Brief an einen sowjetischen Freund

Grünau, den 29.10.1960

Lieber Wanja!

(...) Uns in der DDR beschäftigt naturgemäß am meisten das Problem des Friedensvertrages und der Lösung der Westberlinfrage. Die allgemeine Stimmung ist dabei durch eine gewisse Ungeduld gekennzeichnet, die auch Nikita zu spüren bekam, als er nach dem Scheitern der Pariser Konferenz in Berlin war und hier ankündigte, daß ein Friedensvertrag nicht vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen abgeschlossen werden solle. Besonders damals, aber auch noch heute wird die Frage gestellt, warum man denn erst angekündigt habe, in sechs Monaten, im Mai 1959, werde das Problem gelöst, um dann die Lösung immer wieder von neuen Konferenzen mit den Westmächten abhängig zu machen, von denen man doch im voraus sagen könne, daß sie sich niemals zu einer Preisgabe ihrer Positionen in Westberlin freiwillig bereiterklären würden; daß also letzten Endes gar nichts anderes möglich sei als ein einseitiger Friedensvertrag der sozialistischen Länder mit der DDR, aber mit einem Zeitverlust, der sich nicht zu unseren Gunsten auswirke. (...)

Man muß wissen, daß man gegenwärtig im demokratischen Berlin wohnen, im imperialistischen Teil Berlins aber arbeiten kann. (...) Durch die Machenschaften der Banken kann man in den Wechselstuben in Westberlin für eine Westmark rund fünf Mark unserer Währung erhalten. Wer also in Westberlin arbeitet und deshalb einen Teil seines Lohns in Westmark erhält (gewöhnlich 40 Prozent, den Rest in „Ostmark“) und bei uns wohnt, also für Miete, Lebensmittel usw. in unserer Währung bezahlt, macht dabei ein glänzendes Geschäft. Wenn er, sagen wir, 100 Mark in der Woche erhält, dann hat er - nach Umtausch von 40 Westmark in „Ostmark“ - insgesamt 260 Mark unserer Währung „verdient“. Ein großartiges Mittel zur Korruption der Massen! Und ein Geschäft für die Westberliner Unternehmer obendrein! Vor allem aber ein hervorragendes Mittel, um aus unserem Teil Republik, sogar aus den Randgebieten der Republik, Arbeitskräfte abzuwerben und damit die Erfüllung unserer Pläne zu stören. (...)

Im Dezember 1958 fand eine Industriellenbesprechung in Westdeutschland statt, auf der in Bezug auf Westberlin Wichtiges beschlossen wurde: Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, erklärte: Der Strom der Aufträge, die von der Wirtschaft nach (West)Berlin gegeben werden, müsse verstärkt werden. Die Lieferungen Berlins in die Bundesrepublik sollten erhöht werden. Jeder größere Industriebetrieb müsse einen Beauftragten einsetzen, der dafür zu sorgen habe, daß alle Möglichkeiten, Aufträge nach Berlin zu geben, genutzt würden. In Berlin müsse noch mehr produziert und investiert werden. Es bleibe zu prüfen, ob die dazu erforderlichen Kapazitätsausweitungen in den Berliner Betriebsstätten von Großunternehmen der Bundesre-

publik vorgenommen werden könnten. Berg erklärte weiter, dies alles schließe zwar ein Risiko ein, aber der „russische Vorstoß gegen Berlin sollte für das gesamte Freie Europa eine Mahnung sein, in Zukunft noch enger zusammenzustehen.“ Auf der gleichen Tagung sprach auch Westberlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt im gleichen Sinne.

Die Bonner Regierung stellte aus einem Sonderfonds 250 Millionen Mark für die sogenannte Berlin-Hilfe zur Verfügung, mit denen u.a. neue Werke der Elektroindustrie in Westberlin aufgebaut wurden, von denen systematisch Facharbeiter aus unseren entsprechenden Betrieben abgeworben wurden und werden. Gleichzeitig wurde von Bonn eine Kampagne zur Abwerbung von Angehörigen der technischen, vor allem aber der medizinischen Intelligenz organisiert, wobei mit Versprechungen und was sich sonst noch so an Mitteln denken läßt, gearbeitet wird. Kurzum, seit Dezember 1958 lassen es sich die Imperialisten noch mehr als bisher kosten, unserem Wirtschaftsaufbau und der Erfüllung unserer Pläne Steine in den Weg zu legen. Dadurch wurde der ohnehin schon empfindliche Mangel an Arbeitskräften noch fühlbarer.

Im Sommer fehlten uns z.B. Maurer, um unser Bauprogramm fristgemäß durchzuführen. Warum? Weil ganze Brigaden in der Saison nach Westberlin zur Arbeit gehen. Im Winter kommen sie wieder zu uns, da „drüben“ die Bautätigkeit weitgehend eingeschränkt wird. Oder: Normalerweise haben die Haushalte um diese Jahreszeit ihre Winterkohlen schon im Keller. In diesem Jahr noch nicht. Die Ursache? Die Kohlenträger nutzen erst die „Saison“ in Westberlin aus, und wenn sie dort die Kohlen in den Keller gebracht haben, dann ruhen sie auch, die Bewohner ihres Stadtteils zu beliefern. Oder: Da bei uns in vielen Familien mit Kindern beide Elternteile arbeiten, sind Haushaltshilfen sehr gesucht, aber kaum zu finden: Die gehen nämlich größtenteils auch lieber nach Westberlin! Am schwierigsten ist z.Zt. die Situation mit den Ärzten, die der Republik in einem Umfang den Rücken kehren, daß dadurch für die medizinische Betreuung der Bevölkerung ernsthafte Schwierigkeiten entstanden sind. All diese Probleme wären mit einem Schlage behebbar, wenn das Loch Westberlin, durch das jetzt unkontrolliert nach Westdeutschland abströmen kann, was immer will, durch die Lösung gestopft würde, die vor nunmehr zwei Jahren für Mai 1959 angekündigt wurde.

Kurzum, Westberlin - als Störenfried und Pfahl im Fleische der DDR von den Westmächten ausgehalten mit der fernerer Perspektive, Lunte am Pulverfaß zu werden - ist in seiner jetzigen Rolle nicht länger zu ertragen. Diese Angelegenheit muß bereinigt werden, je schneller, desto besser. Nicht nur deshalb, weil die Lage für die DDR immer unerträglicher wird, sondern vor allem auch, weil ein längeres Hinzögern zu einer Gefahr für den Frieden werden kann. □

Von einem Mann, der sich in den Finger schnitt

Das Loch in der Fahne

Das Bild läßt mich nicht los. Immer wieder habe ich es vor Augen: Wenn ich jenes invalide „A“, dem ein Bein wegbrach, an einem so gekennzeichneten Gebäude erblicke. Wenn ich dort in junge oder alte Gesichter sehe, aus denen die Hoffnung auf einen „Job“ um so mehr schwindet, je länger danach anzustehen ist. Und wenn Herr Jagoda allmonatlich - so leidenschaftslos wie einen Wetterbericht - seine bedrückende Arbeitslosenstatistik verkündet.

Es ist eine Fotografie, an die ich erinnert werde. „Neues Deutschland“ veröffentlichte sie; soweit mich das Gedächtnis nicht trügt, muß es im Jahr der sogenannten Wende gewesen sein. Auf der Ablichtung war das Teilstück einer Hausfassade zu erkennen; ohne Zweifel von einem der berlintypischen Plattenbau-Zehngeschosser. Geschlossene Fenster, als sei kein Leben mehr hinter ihnen. Mit einer Ausnahme: Aus einem von ihnen lehnte sich ein Mann. Er war gerade dabei, eine Fahne in die Halterung zu stecken. Keine neue. Aber eine arg veränderte. Wo sich zuvor das DDR-Wappen mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz befand, gähnte nun ein Loch. Die Symbole der Arbeit waren entfernt. So wie die ganze DDR damals von deutschem Boden „entfernt“ wurde. Der Mann glaubte sicher zu wissen, was er tat, als er sich - gleich vielen - von beidem trennte. Was er nicht wußte, wohl nicht einmal ahnte: Durch das Loch, das er da schnitt, würde er - sinnbildlich - bald selbst hindurchfallen. Er tilgte nicht bloß sozialistische Symbolik von einem Fahmentuch. Er trennte sich zugleich von einem gesellschaftlichen System, das - bei allen Unvollkommenheiten, Mängeln und auch krassen Fehlern - für ihn und seinesgleichen soziale Sicherheit bedeutet hatte. Indem er zur Schere griff, schnitt er sich in den eigenen Finger.

Das Recht auf Arbeit stand nicht nur auf Verfassungspapier. Es war auch Lebenswirklichkeit. Für viele schon so selbstverständlich und alltäglich, daß sie es gar nicht mehr zu

schätzen wußten. Seit jenem Tag, an dem der Mann sein Loch schnitt, hat sich die offizielle (und geschönte) Arbeitslosenquote im Osten Deutschlands, der nicht mehr DDR heißt, wie der Mann es damals wollte, um die 20-Prozent-Marke bewegt.

Ich habe diesen Mann persönlich nie kennengelernt. Vorstellen kann ich mir aber, daß auch er inzwischen ins Grübeln gekommen sein könnte über den mit der „Wende“ vermeintlich gewagten Aufbruch zu neuen Ufern - und den weitaus rauheren Gestaden, an denen allzu viele seitdem nicht gelandet, sondern eher gestrandet sind.

Meinungsumfragen belegen, daß die abhandengekommene soziale Geborgenheit inzwischen von immer mehr „Neubundesbürgern“ als ein so schwerwiegender Verlust empfunden wird, daß ihn Segnungen bürgerlicher „Freiheit“ nicht kompensieren können. Nachdenken macht sich spürbar. Und tut not. Was mag der Mann mit der Fahne heute denken? Warum konnte die kleine, ökonomisch benachteiligte DDR ihren jungen Leuten eine gesicherte Ausbildung und allen Arbeitsfähigen einen Arbeitsplatz garantieren, ja, das Recht auf Arbeit sogar als einklagbares Recht zum Verfassungsgrundsatz erheben, während sich die Wirtschaftsgrößmacht BRD mit ihren unermesslichen Reichtümern dazu außerstande sah und sieht?

Wer anfängt, sich darüber ernsthaft Gedanken zu machen, wird kaum den dummdreisten Demagogen aus der rechten Ecke auf den Leim gehen, deren Schuldzuweisung mit der angeblichen Problemlösung „Ausländer raus!“ gekoppelt ist. Ihm dürfte auch nicht verborgen bleiben, daß alles Gerede von den „objektiven Sachzwängen“ freier Marktwirtschaft, denen eben nicht zu enttrinnen sei, und der wie eine Elementargewalt dargestellten „Globalisierung“ allenfalls in die Richtung der eigentlichen Ursache deuten.

Man kann es drehen und wenden, wie man

will. Solange die entscheidenden Produktionsmittel das Privateigentum einer Minderheit Privilegierter sind, solange ist zu wenig Geld in der Staatskasse. Solange besitzt diese Minderheit auch die unumschränkte Entscheidungsgewalt über die Arbeitsplätze. Und sie nutzt sie gemäß der kapitalistischen Logik, deren Grundregel Nr. 1 lautet: Nur wo eine attraktive Profitrate winkt, wo die Kapitalrendite üppig ausfällt, werden Arbeitsplätze bereitgestellt. Nicht der reichlich vorhandene gesellschaftliche Bedarf an Arbeit entscheidet darüber, ob Arbeit „vorhanden“ ist, sondern allein die Gewinnerwartung.

Andererseits: Nur eine Gesellschaft, die souverän über die wesentlichen Produktionsmittel - und damit über die Arbeitsplätze - verfügt, ist in der Lage, das Recht auf Arbeit nicht bloß zu deklarieren, sondern es allen ihren Gliedern auch real zu garantieren. Sie muß also auf sozialistischer Grundlage beruhen. Das war in der DDR der Fall, auch wenn ihr Entwicklungsstand noch durch „Kinderkrankheiten“ und unvermeidbare wie unnötige Unzulänglichkeiten beeinträchtigt war.

Einen Prozeß des Nachdenkens anzustoßen und zu fördern, der zu solcher Erkenntnis führt, ist ein wichtiges Element des Widerstandes gegen bomierten Antikommunismus, der als „Zeitgeist“ daherkommt und zu dessen Merkmalen die Sucht nach „Delegitimierung der DDR“ gehört.

Da sich der 50. Gründungstag der DDR nähert, ist absehbar, daß dieses Datum vom politischen Establishment der BRD und dessen systemtreuen Medien massiv genutzt wird, um erneut die „Defizite“ der DDR anzuprangern und die eigene Ordnung als Hort der Menschenrechte zu preisen. Andere werden sich wieder mal im „Aufarbeiten“ überschlagen.

Umso mehr Anlaß zu Gegenwehr besteht für ganze Generationen von DDR-Bürgern, deren Lebensleistung auf diese Weise diskreditiert wird, um sie zu demütigen und ihren derzeitigen Status als „Bundesbürger 2. und 3. Klasse“ zu rechtfertigen.

Ich möchte noch einen Vorschlag unterbreiten: Wir sollten - beginnend in diesem Jahr - den 7. Oktober stets als „Tag des Menschenrechts auf Arbeit“ begehen. Selbst wenn der Auftakt absehbar bescheiden ausfallen dürfte (große, selbst sozialistisch etikettierte Organisationen meiden bekanntlich jedes Risiko, der DDR-Nostalgie bezichtigt zu werden) - auch im zunächst kleinen Maßstab von Basisorganisationen und Freundeskreisen, beim politischen Gespräch mit Nachbarn ließe sich ein Grundstein legen, auf dem weitergebaut werden könnte. Früher Alltägliches, uns mit der Rückwärtswende Geraubtes oder einfach Weggegebenes muß neu erkämpft werden. Für alle - auch für den Mann, der einst das schöne Symbol der DDR von deren Fahne entfernte und sich dabei nur selbst in den Finger schnitt.

Wolfgang Clausner

Grafik: SHAHAR



Im August '61 am Grenzabschnitt Bernauer Straße:

Den Heusingers in die Suppe gespuckt

Immer wieder wird versucht, Geschichtslügen zu kolportieren oder den Schleier des Vergessens über die Periode des Kalten Krieges in Deutschland zu breiten. Darum möchte ich daran erinnern, daß die von der BRD betriebene systematische Ausplünderung der DDR bis zum 13. August 1961 eine Summe von über 120 Milliarden Mark erreicht hatte. Dieses Geld wurde ihren Bürgern durch die bis dahin offene Grenze zur BRD und zu Westberlin aus der Tasche gezogen.

Der Kampf gegen die DDR erfolgte nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch und militärisch. Adenauer hatte frühzeitig die Losung ausgegeben, es gehe ihm nicht um die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern um die „Befreiung der Sowjetzone“. So bezeichnete er die DDR. Immer bedrohlicher spitzten sich die Verhältnisse an der Nahtstelle beider Welt-systeme in Deutschland zu. Rechtzeitig genug konnten Pläne für ein militärisches Überrollen der DDR aufgedeckt und vereitelt werden. Am 30. Juni 1961 hatte Nazi- und Bundeswehrgeneral Heusinger in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ausgeplaudert, sieben Divisionen seien bereit, gegen die DDR, „unverzüglich jede Mission auszuführen“. Am 9. Juli 1961 war dann in der „Bonner Rundschau“ ganz offen angekündigt worden, die westlichen Mächte seien imstande, „alle Mittel des Krieges - des Nerven- und des Schießkrieges - anzuwenden“. Dazu gehörten nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, „sondern auch das Unterwühlen, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr“.

Solche und ähnliche Veröffentlichungen ließen unmißverständlich darauf schließen, daß der „Tag X“ immer mehr heranrückte. Die Gefahr einer militärischen Eskalation verdichtete sich. In Bonn träumte man von reicher Beute. Schon damals wurden Pläne bekannt, denen man in Presse-Bulletins der BRD-Regierung ausdrücklich Billigung zuteil werden ließ. Danach sollte die Bundesrepublik eine spezielle Behörde in der DDR einsetzen, um das Volkseigentum sofort zu beseitigen ... „durch Nutzungsverträge, durch Verkauf an westdeutsche Konzerne oder durch Bildung eines Aufsichtsrates“. Mit anderen Worten: Die spätere Praxis der Treuhandverschleuderung wurde gewissermaßen „vorempfunden“. Die 1953 zunächst in einigen Großbetrieben ins Leben gerufenen Kampfgruppen der Arbeiterklasse bestanden im August

1961 ihre entscheidende Bewährungsprobe. Ich gehörte damals dem II. Bataillon in Berlin-Mitte - einer Mot-Schützeinheit - an. Am Mittag des 12. August hatten wir Appell. Keiner ahnte zu dieser Stunde, daß uns kurz nach Mitternacht ein Alarmruf erreichen würde, der dieses Mal nicht nur einer Übung galt. In der Nacht klingelten dann die Telefone und es erging die Aufforderung, sich sofort im Stützpunkt zu melden. Noch zu Hause erfuhr ich aus dem Rundfunk, daß es an diesem Sonntag 13. geschlagen hatte und endlich etwas geschah, was schon lange fällig war. Die bisher offene Grenze wurde geschlossen und später auch sicher befestigt.

Die Morgenzeitungen des 13. August 1961 brachten einen Aufruf der Warschauer Vertragsstaaten an Volkskammer, Regierung und Werktätige der DDR. Er enthielt den Vorschlag, an der Grenze zu und um Westberlin „eine solche Ordnung einzuführen“, die eine zuverlässige Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet.

Als es am Sonntagmorgen dämmerte, hatten die Kampfgruppen und andere bewaffnete Kräfte der DDR diese Aufgabe gelöst. Der Chef des Bundesnachrichtendienstes der BRD, Nazigeneral von Gehlen, tobte, weil er „mal wieder nichts gewußt“ hatte. Wir hatten in den frühen Morgenstunden des 13. den Befehl erhalten, den Grenzabschnitt an der Bernauer Straße zu schließen und zu sichern. Wie ernst die Situation war, wurde mir auch dadurch bewußt, daß wir mit doppelten Munitionssätzen ausgerüstet wurden. Einen Schießbefehl erhielten wir aber zu keiner Zeit!

Unsere Hundertschaft versah ihren Dienst in Schichten. Zu ihrem Bereich gehörten die Friedhöfe an der Invaliden- und Ackerstraße, die direkt an der Grenze lagen. Leider gab es auch verwirrte und fehlgeleitete Menschen, die es zu nächstlicher Stunde in den „freien Westen“ zog. Sie versuchten, sogar mit kleinen Kindern, über den Friedhof abzurücken. In unserem Abschnitt passierte aber niemand unbemerkt die Grenze, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Dabei ist kein einziger Schuß gefallen.

An der Müllerstraße erlebten wir, wie von Westberlin aus Anstrengungen unternommen wurden, uns über die Grenze zu locken. Zigaretten und Schokolade wurden angeboten, selbst Westberliner Strichmädchen setzte man als

Lockvögel an.

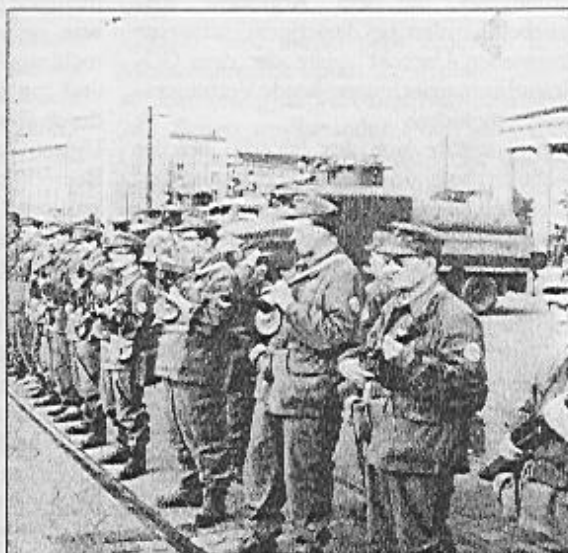
In diesen Tagen gab es auch manches Wohltuende. Berliner und Berlinerinnen brachten wiederholt ihr Einverständnis mit unserer Aktion für die Sicherung der Staatsgrenze zum Ausdruck. So mancher Arbeiter steckte uns eine Zigarette zu und bekundete damit seine Sympathie. Fast jeden Tag kamen kleine Besucher aus Kindergärten des Stadtbezirks, um uns selbstgefertigte „Gemälde“ zu schenken. Auch Kaffee und kalte Getränke wurden uns von Leuten aus der Nachbarschaft spendiert. Vertreter der Partei und des Staates besuchten die Hundertschaften in ihren Unterkünften. Wir konnten Oberbürgermeister Friedrich Ebert bei uns begrüßen.

Maurer, Tiefbauarbeiter und Kraftfahrer wurden aus sämtlichen Einheiten herausgezogen. Sie vertauschten von nun an die „Kalaschnikow“ mit der Kelle oder dem Schalter auf dem Kran. Eine solide erste Mauer wurde errichtet, um den „Vorwärtstrategen“ aus Bonn und Westberlin die Grenzen ihrer Macht zu zeigen.

Am 23. August traten die an der Sicherung der Staatsgrenze beteiligten Kampfgruppenverbände zur Parade an. Ihr Marsch führte durch ein dichtes Spalier von Berlinern.

Natürlich waren die Maßnahmen des 13. August 1961 nicht nach jedermanns Geschmack, zumal sie für etliche Menschen - und keineswegs nur die Grenzgänger - einen empfindlichen und schmerzhaften Einschnitt darstellten. Aber - auch wenn es einige heute anders sehen möchten. Sie haben damals den Frieden in Europa gerettet.

Kurt Andriä



Angehörige der Berliner Kampfgruppen und der Volkspolizei sichern die Grenze am 13. August zu Westberlin

Fließband-Entscheidungen aus Karlsruhe

Inzwischen ist es schon eine erkleckliche Zahl von Menschenrechtsbeschwerden, die frühere Hoheitsträger der DDR zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anzubringen sich veranlaßt sahen. Im folgenden soll nur auf solche Beschwerden eingegangen werden, die von bundesdeutschen Gerichten wegen Rechtsbeugung verurteilte DDR-Richter und -Staatsanwälte in Strasbourg geltend machten. Bekanntlich können Beschwerden dieser Art beim EGMR nur erhoben werden, nachdem die innerstaatlichen Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) muß sich geäußert haben.

Nun ist schon sehr auffällig, daß - so weit hier bekannt - in allen Fällen, in denen sich DDR-Juristen nach Ausschöpfung der Rechtsmittel an dieses höchste bundesdeutsche Gericht wandten, es sich das BVerfG versagte, in der Sache zu entscheiden. Es hat nämlich stets die Verfassungsbeschwerde „nicht zur Entscheidung angenommen“. Dadurch hat es sich selbst in die Lage gebracht, daß nun der EGMR mit dem Vorbringen der betroffenen DDR-Richter und -Staatsanwälte konfrontiert worden ist.

Hatte das BVerfG in den ersten Nichtannahmebeschlüssen für diese Entscheidung noch eine Begründung niedergelegt, so ist es inzwischen dazu übergegangen, solche Entscheidungen begründungslos zu treffen. Im ersten Nichtannahmebeschluß dieser Art hat sich die 2. Kammer des Zweiten Senats auf die rechtsstaatlich nicht hinnehmbare Entscheidung in Sachen Albrecht, Keßler, Streletz und Winkler vom 24.10.1996 zurückgezogen. In ihr war im Hinblick auf die Todesfälle an der Staatsgrenze der DDR das Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz mit dem „Argument“ ausgehebelt worden: bei derartigem „schweren kriminellen Unrecht“ gelte der dem GG-Artikel immanente innewohnende Vertrauensgrundsatz nicht.

Darauf stützte sich das BVerfG bei der Nichtannahme der ersten Verfassungsbeschwerde eines wegen Rechtsbeugung zu Unrecht verurteilten DDR-Richters. Es stellte so die (von den bundesdeutschen Strafgerichten als Totschlag verurteilten) Fälle durch Schußwaffengebrauch Getöteter der ordnungsgemäßen Verhängung von Freiheitsstrafen durch DDR-Richter (angeblicher Rechtsbeugung) gleich. Sollte dem BVerfG entgangen sein, daß durch derartige Gleichstellung ganz unterschiedlicher Sachverhalte jegliche Konturen einer juristischen Beurteilung von Vorgängen verlorengehen? (...) Durch die vorerwähnten Nichtannahmebeschlüsse wird nur allzu offensichtlich, daß das BVerfG nicht gegenüber jedermann das

Grundgesetz zu hüten und die Grundrechte der Bürger zu verteidigen gedenkt. Vielmehr versagt es - unter eklatantem Verstoß gegen das Gleichheitsgebot des Art. 3 GG und der Menschenrechtskonventionen - ausdrücklich den „Neubürgern“, die sich für die DDR eingesetzt hatten, die im GG verankerten Grundrechte, und zwar nur aus einem Grunde: Weil sie dies taten. Die Menschenrechtsverletzungen der bundesdeutschen Strafgerichte wie auch des Bundesverfassungsgerichts gegenüber DDR-Richtern und -Staatsanwälten sind ganz offensichtlich. Bekanntlich legt Art. 7 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 fest, daß „niemand ... wegen einer Handlung verurteilt werden (kann), die zur Zeit ihrer Begehung nach inländischem oder internationalem Recht nicht strafbar war.“ Jedenfalls darf nach Art. 7 Abs. 1 EMRK ein DDR-Jurist nur dann wegen Rechtsbeugung verurteilt werden, wenn er - wie es die in der DDR geltend gewesene Vorschrift des § 442 StGB/DDR verlangte - wissentlich gegen ein DDR-Gesetz verstoßen hatte. Aber keiner der heutzutage von bundesdeutschen Gerichten verurteilten DDR-Richter und -Staatsanwälte hatte wissentlich ein DDR-Gesetz verletzt; keiner von ihnen ist einer Rechtsbeugung schuldig.

Dabei handelt es sich in den jetzt beim EGMR anhängigen Fällen um solche, in denen nicht einmal die bundesdeutschen Strafgerichte eine Gesetzesverletzung des betreffenden DDR-Richters bzw. -Staatsanwalts hatten ausmachen können. In Ermangelung eines derartigen Gesetzesverstoßes hätten die BRD-Strafgerichte die Angeklagten freisprechen müssen. Indem sie diese jedoch wegen einer Handlung verurteilten, die zur Tatzeit (mangels Gesetzesverstoßes) nicht strafbar war, verletzten sie sie in ihrem Menschenrecht aus Art. 7 Abs. 1 EMRK. Und dies taten und tun sie wissentlich; denn sie wurden durch Kenner des DDR-Rechts auf diesen Umstand zur Genüge aufmerksam gemacht. Bemerkenswert ist, daß die Dauer der „Bearbeitung“ der hier besprochenen Verfassungsbeschwerden beim BVerfG rasant abnimmt. Kam in dem ersten diesbezüglichen Fall die Nichtannahme-Entscheidung erst nach fast zweieinhalb Jahren, so wurde die hier bekannte letzte Verfassungsbeschwerde binnen 14 Tagen „beschieden“. (Jemand sprach schon von einer Erledigung am „Fließband“!)

Soweit mit den betreffenden Verfassungsbeschwerden bei drohender Vollstreckung der gegen DDR-Juristen verhängten Freiheitsstrafen Anträge auf Erlass einstweiliger Anordnungen gestellt wurden, die Strafvollstreckung einstweilen auszusetzen, waren

derartige Eilanträge mit der Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde „erledigt“. Besonders anschaulich für die offene Verletzung des Menschenrechts aus Art. 7 Abs. 1 EMRK ist der Fall einer wegen Rechtsbeugung verurteilten DDR-Richterin aus Leipzig.

Das (bundesdeutsche) Landgericht Leipzig hatte zunächst zutreffend erkannt (worin es auch vom Bundesgerichtshof bestätigt wurde), daß in der Anwendung der betreffenden DDR-Strafbestimmung (§§ 214 und 219 StGB/DDR) als solcher durch diese Richterin noch keine Rechtsbeugung bestehe. Jedoch stünden - wie dann auch der BGH bestätigt - die verhängten Freiheitsstrafen zu den damaligen Taten in einem unerträglichen Mißverhältnis und es läge ein Strafmaßexzeß vor! Ganz abgesehen davon, daß das LG Leipzig dabei DDR-fremde Wert- und Beurteilungsmaßstäbe anlegt, und daß von einem Strafmaßexzeß schon deshalb keine Rede sein kann, weil die von der DDR-Richterin verhängten Strafen den seinerzeit üblichen entsprachen, ist die vom LG Leipzig vorgenommene Menschenrechtsverletzung daran auszumachen, daß auch dieses Gericht kein Gesetz zu benennen vermochte, gegen das die DDR-Richterin verstoßen haben soll. Es gab kein solches Gesetz und folglich gibt es auch keine derartige gesetzwidrige Entscheidung.

Übrigens, das LG Leipzig räumt sogar ein, daß eine Bestrafung der damaligen Verurteilten durchaus vertretbar gewesen sei; nur müsse es als unverhältnismäßig bezeichnet werden, wenn nach dem DDR-Gesetz zulässige Freiheitsstrafen ausgesprochen wurden. So waren letztlich die subjektiven DDR-feindlichen Ansichten, wann eine Rechtsbeugung vorliegen soll, maßgeblich! Das Gesetz wird im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland - wenn DDR-Bürger die Angeklagten sind - mit höchster gerichtlicher Billigung beiseite geschoben!

Noch eine Bemerkung in diesem Zusammenhang: Das LG Leipzig hatte unmittelbar vor der Aussage, die damals verhängten Freiheitsstrafen seien unverhältnismäßig gewesen, unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Strafrahmen der §§ 214 und 219 StGB/DDR durchaus zutreffend formuliert: „Jedenfalls sind die damals ausgesprochenen Freiheitsstrafen der Höhe nach nach den damaligen Gesetzmöglichkeiten der DDR der Angeklagten ... nicht vorwerfbar“!! Und dennoch Rechtsbeugung?!

Derartige Ungereimtheiten billigt der BGH und sanktioniert das BVerfG. Denn wenn es gegen DDR-Hoheitsträger oder deren Staat geht, genügt offensichtlich der juristische Hauklotz. □

Wie sich die Imperialisten die UNO dienstbar machen

Die „Menschenrechts“-Peitsche

Am 23. April 1999 verabschiedete die Kommission für Menschenrechte der UNO auf ihrer 55. Sitzung in Genf eine Resolution, in der von Cuba erstmals die „Beachtung aller Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten“ gefordert wird. Der Entschließungsentwurf wurde mit 21:20 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Das ist - angesichts der Kosovo-Erfahrungen - ein Signal. Deutschland stimmte mit Ja.

Am gleichen Tag wurde in nun schon traditioneller Manier eine Resolution unterstützt, die die Besetzung der arabischen Gebiete und die dort von Israel begangenen Menschenrechtsverletzungen scharf verurteilt. Die Abstimmung ergab 31:1 Stimmen bei 21 Enthaltungen. Deutschland enthielt sich.

Ein von Rußland eingebrachter Entwurf für eine Resolution zur Einhaltung der Menschenrechte in Jugoslawien durch alle Parteien verfiel mit 24:11 Stimmen bei 18 Enthaltungen der Ablehnung. Die Begründung hierfür war, daß die serbische Regierung und insbesondere Milosevic nicht als Schuldige für den NATO-Überfall benannt wurden. Deutschland lehnte ab.

Dies sind lediglich drei Beispiele für das „demokratische“ Bewußtsein der Mehrheit der Mitglieder der Menschenrechtskommission. Von Cuba wird verlangt, daß es seine Souveränität durch USA-gesteuerte terroristische und subversive Aktivitäten feindlicher Organisationen gefährden läßt; gegen Israel verabschiedet man die zigste Resolution ohne irgendwelche Folgen; und die Zerstörung Jugoslawiens wurde als menschenrechtlich einwandfrei betrachtet; schließlich sind die Jugoslawen selbst schuld, weil sie in freier, gleicher und geheimer Wahl mehrheitlich für Milosevic gestimmt haben.

Damit aber nicht genug. Am 27. April beschloß die Kommission auch die „Resolution zur Förderung der Demokratie“. Das geschah mit 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Dokument definiert, wann von „Demokratie“ gesprochen werden darf und aus welchen Elementen sie bestehen muß. Interessant dabei ist, daß die von den Vereinten Nationen in ihrer Menschenrechtscharta festgelegten sozialen Rechte auf menschenwürdiges Wohnen, auf Arbeit und auf angemessene Entlohnung nicht einzeln aufgeführt, sondern lediglich mit der Floskel „volle Verwirklichung aller Menschenrechte“ pauschal zusammengefaßt werden. Separate Erwähnung finden hingegen diejenigen Rechte, deren angebliche Verletzung als Vorwand für die jahrzehntelange Aggression gegen Cuba und zur Begrün-

dung von Friedens- und Freiheitsbombardements der USA dient: politische Menschenrechte.

In der Praxis werden vor allem die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf eine „demokratische Regierungsform“ benutzt, um Völker und Regierungen zu bedrohen oder zu stürzen, die sich dem Diktat der „Neuen Weltordnung“ nicht unterwerfen wollen. Die Bewertung einer Politik als „menschenrechtsverletzend“ und die Ergreifung dagegen zu treffender Maßnahmen obliegen dem „Geschmack“ des jeweils ökonomisch oder politisch Stärkeren. Dabei handelt es sich in der Regel um pure Heuchelei. Rechte und Freiheiten, die beispielsweise für Cuba, Libyen, die Demokratische Republik Congo und viele andere Staaten eingefordert werden, sind in imperialistischen Ländern meist nicht verwirklicht. Außerdem werden „demokratische Verhältnisse“ grundsätzlich nur dort anerkannt, wo der bürgerliche Parlamentarismus herrscht: die politische Diktatur der Bourgeoisie. Jede andere Gesellschafts- oder Regierungsform gilt a priori als undemokratisch, auch wenn sie - wie in Cuba - die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des Volkes besitzt.

Es sollen hier nicht die mehr oder weniger bekannten Menschenrechtsverletzungen in westlichen „Demokratien“ zum wiederholten Male aufgezählt werden; ein kleines Beispiel aus dem Alltag der BRD mag genügen. Im deutschen Presserecht gibt es den „Tendenzschutzparagraphen“. Dieser gestattet es dem Herausgeber, Besitzer oder Chefredakteur von Print- und Funkmedien, Nachrichten zu unterdrücken oder zu zensieren, die nicht in die politische Richtung des jeweiligen „Hauses“ passen; selbst dann, wenn es sich um einfache unkommentierte Berichte handelt. Nur soviel zur angeblich geheiligten Presse- und Informationsfreiheit in Deutschland.

Es ist andererseits selbstverständlich, daß zum Schutz einer vom Imperialismus bedrohten Gesellschaft die in der „Resolution zur Förderung der Demokratie“ proklamierten formalen Rechte staatlicher Beschränkung unterliegen müssen. Wenn jemand von Cuba beispielsweise verlangt, die Aufforderung zur systematischen Behinderung seiner Wirtschaft und damit zur Zerstörung der sozialen Absicherung des Volkes müsse dem Recht auf Meinungsfreiheit unterliegen, wird er zwangsläufig auf den Widerstand Havannas stoßen. Auch die gezielte Verbreitung von Lügen und

Falschmeldungen kann nicht als Recht auf Information eingefordert werden. Doch all dies stört die Kommission wenig. Menschenrecht ist, was USA und EU - in anderen Ländern - darunter verstehen.

Die Kommission läßt es nicht bei Appellen bewenden. Ein politisch brisanter Bestandteil der erwähnten Resolution ist die „Förderung“ von Maßnahmen durch die UNO und den Hohen Kommissar für Menschenrechte. Sie „verlangt“ ausdrücklich die „Fortsetzung und Ausweitung von Aktivitäten, ausgeführt vom System der Vereinten Nationen und anderer wichtiger Organisationen (!), um Demokratie... zu konsolidieren“. Es gehe um ... „Maßnahmen zur Unterstützung für demokratische Regierungsformen“. An das Büro des Hohen Kommissars ergeht die Direktive, jenen Programmen höchste Unterstützung zukommen zu lassen, „die demokratiebezogene Aktivitäten fördern“.

Im Klartext ist dies eine offene Kriegserklärung an Staaten und Völker, die sich der „Neuen Weltordnung“ widersetzen. Alle, die ganz oder teilweise nicht in das Aufteilungskonzept der führenden imperialistischen Staaten passen, müssen damit rechnen, auf der Basis dieser Resolution von der UNO oder „anderen wichtigen Organisationen“ (beispielsweise der NATO!) mit einer Aushungerungsblockade oder Friedensbomben bedroht zu werden.

Dies ist die politische Unterwerfung der UNO unter Washingtons Diktat, die Bestätigung und Absegnung des Imperialismus als rechtmäßiger Grundordnung der Welt.

Ergänzt wird dieses neue Konzept der Menschenrechte durch die geplante Umstrukturierung der Vereinten Nationen. Ein 283 Seiten umfassender Plan sieht die Umschichtung von Kompetenzen innerhalb der UNO sowie die Stärkung bzw. Schwächung der Stellung einzelner Mitgliedsstaaten vor. Die Arbeit von Hilfsorganisationen soll eingeschränkt, die Tätigkeit verschiedener Kommissionen auf bestimmte Aktivitäten und Projekte begrenzt, das Einspruchsrecht von Mitgliedsstaaten unter bestimmten Bedingungen beschnitten oder ausgesetzt werden. Andererseits will man einigen Gremien mehr Unabhängigkeit und Entscheidungsspielraum zuschanzen. Die Umsetzung dieses Plans würde die Weltorganisation in einen reinen Erfüllungsgehilfen imperialistischer Zielsetzungen verwandeln.

Rainer H. Groß, Darmstadt

Vor zehn Jahren scheiterte die Konterrevolution auf dem Tiananmen

Washingtons Krokodilstränen

In den Plänen eines roll back (Zurückrollens) des Sozialismus spielte die VR China mit ihrem Territorium von der Größe Europas (9,6 Millionen km²) und heute 1,23 Mrd. Einwohnern seit dem 1. Oktober 1949 eine zentrale Rolle. Wäre es nach Washingtons Träumen gegangen, dann hätte die konterrevolutionäre Offensive 1989 dort begonnen - mit der sogenannten Studentenrevolte auf dem Tiananmen, dem Platz des Himmlischen Friedens.

In Peking war es damals unter der Bevölkerung zu Unmutsbezeugungen über soziale Verschlechterungen gekommen, die sich im Ergebnis der Öffnung Chinas nach Westen und damit verknüpften Reformen eingestellt hatten, mit denen kapitalistische Elemente wieder einen gewissen Spielraum erlangten. Hinzu kamen Unverständnis und Proteste über Auseinandersetzungen in der Parteiführung. Dabei ging es um den sozialistischen Weg, der für die überwiegende Mehrheit der Chinesen nie zur Disposition gestanden hat. In dieser Situation entfesselten Studenten, Hochschullehrer und junge Angehörige der Intelligenz, die in den vorangegangenen Jahren zu Zehntausenden in den USA und Westeuropa ausgebildet worden waren, eine realitätsfremde, den Interessen der Volksmassen zuwiderlaufende, ihrem Charakter nach konterrevolutionäre „Menschenrechtskampagne“. Sie wurde durch Agenten westlicher Geheimdienste, die unter den „Auslandskadern“ angeworben worden waren, gesteuert.

Die Kampagne gipfelte in Forderungen nach Sturz der Partei- und Staatsführung, Beseitigung des sozialistischen Regimes und einer kapitalistischen Restauration. Symbolisiert wurde das durch die Aufstellung einer überlebensgroßen „Göttin der Demokratie“ - einer dilettantischen Nachbildung der New Yorker Freiheitsstatue. Sie wurde auf dem von Studenten besetzten Tiananmen enthüllt.

Um die Ziele der chinesischen „Bürgerrechtler“ zu charakterisieren, genügt es, daran zu erinnern, daß sie als ihre Leitfigur Gorbatschow und als ihr „Modell“ dessen „Umbau“ des Sozialismus in der Sowjetunion erkoren. Als die konterrevolutionäre Aktion ihrem Höhepunkt zutrieb, tauchte Gorbatschow plötzlich zu einem Staatsbesuch in Peking auf. Die „Menschenrechtsstudenten“ rotteten sich vor dem Eingang der großen Halle des Volkskongresses zusammen, um ihr Idol beim Verlassen des Parlaments zu feiern. Es muß spekulativ bleiben, ob ihnen „Gorbi“ ein paar aufmunternde Worte von der Art des „Zuspätkommens“, mit denen er dann in Osteuropa den Umsturz anheizte, gewidmet hätte. Die Gast-

geber verhinderten ein solches Spektakel, in dem sie den Besucher aus Moskau durch den Botenausgang hinausbugsierten.

Imperialistische Staatsmänner sparten in der Folge nicht mit erpresserischen Drohungen, Wirtschafts- und Handelssanktionen zu verhängen, falls den „berechtigten Forderungen“ der chinesischen Studenten nicht entsprochen werde. Das Ganze war von einer Hetzkampagne in westlichen Medien begleitet, deren Peking-Korrespondenten immer „rein zufällig“ an Orten des Geschehens auftauchten, wenn dort gerade etwas besonders Spektakuläres in Szene gesetzt werden sollte. Den Anführern der Revolte suggerierten die ausländischen Drahtzieher, sie würden mit ihrer Hilfe „siegen“.

Vor diesem Hintergrund eskalierten die Ereignisse, wurden die „Studentenproteste“, die bei der Bevölkerung Pekings keine nennenswerte Unterstützung fanden, zum „Volksaufstand“ hochstilisiert. Die Konterrevolution ging zu bewaffneten Aktionen über. Armee- und Polizei-Patrouillen wurden überfallen, Soldaten gelyncht, Waffen - darunter auch Flammenwerfer - erbeutet und eingesetzt. Im Vorgefühl des „nahen Sieges“ veröffentlichte DPA sogar das Foto eines von den „Aufständischen“ in Brand gesetzten Panzers.

Deng Xiao Ping traf am 26. Mai 1989 vor dem ZK die Einschätzung, es handle sich um einen „konterrevolutionären Putsch“ unter Beteiligung der CIA und westlicher Staaten.

Über eine Woche lang versuchte die Peking-Führung dann noch, durch Dialog und Verhandlungen eine friedliche Lösung zu erreichen. Als alle derartigen Versuche fehlgeschlugen und sich die Studenten weigerten, den Tiananmen zu verlassen, erhielten die Einheiten von Armee und Polizei am 4. Juni den Befehl zur gewaltsamen Räumung des Platzes.

Bei den konterrevolutionären Ausschreitungen und ihrer Niederschlagung soll es nach realistischen Schätzungen etwa 300 Tote - darunter nicht wenige Angehörige der bewaffneten Kräfte - gegeben haben. Die imperialistische Greuelpropaganda, die wir während der Jugoslawien-Aggression der NATO erneut in voller Aktion erlebt haben, spricht ohne Beweise und in bekannter Aufrundung von „über 3 000 Toten allein auf dem Tiananmen“.

Die angebliche Trauer über die Opfer des „roten Terrors“ ist in Wahrheit etwas ganz anderes: die westlichen Krokodilstränen gelten allein der verpaßten Chance.

Hätte die Peking-Führung 1989 der Konterrevolution nachgegeben, wäre nach Meinung von Chinakennern aus unterschiedli-

chen Lagern ein verheerender Bürgerkrieg mit Millionen Toten die unausweichliche Folge gewesen. Die Existenz des Sozialismus im Riesenreich der Mitte wäre infrage gestellt worden - mit weltweiten Auswirkungen.

So bleibt China nach der Niederlage des Sozialismus in Europa eine Hoffnung aller, deren unverändertes Ziel der Sozialismus ist. Unter diesem Gesichtspunkt kann man die Zerschlagung der Konterrevolution vor zehn Jahren nicht hoch genug bewerten, ohne die blutige Tragik der Ereignisse zu übersehen. Lenin kam 1919 zu dem Ergebnis, daß „alle Völker des Ostens die Geschichte der ganzen Welt mitentscheiden“ (Werke Bd. 30/145). Die aktuelle Bedeutung dieses Urteils widerspiegelt sich im Handeln der chinesischen Genossen. Wir dürfen uns nicht scheuen, das klar auszusprechen. China hat vor zehn Jahren über die Geschichte der ganzen Menschheit mitentschieden. Wir hoffen darauf, daß das große Land und das weltgrößte Volk ihren damals verteidigten Weg fortsetzen.

Gerhard Feldbauer

Joe Hill



Der schwedische Einwanderer, Poet und Klassenkämpfer Joel Hägglund (Joe Hill) war ein Führer der revolutionären Gewerkschaft IWW, aus der u.a. 1919 die KP der USA hervorging. Der legendäre Arbeitersänger wurde auf Geheiß der Kupferbosse Utahs wegen eines Mordes, der nie stattgefunden hatte, eingekerkert, vor Gericht gestellt und am 19. Juni 1915 in Salt Lake City erschossen. Sein letzter aus dem Gefängnis geschmuggelter Kassiber trug die Worte: „Trauert nicht, organisiert Euch!“

Der „San Francisco Chronicle“ bezeugt:

Spektakuläre Forschungsergebnisse

Von alten Freunden meines verstorbenen Mannes, Dr. George Eisen, erhielt ich unlängst aus den Vereinigten Staaten einen Artikel des „San Francisco Chronicle“ - der führenden Zeitung Nordkaliforniens - zugesandt, der beeindruckende Fortschritte der kubanischen Medizin bezeugt. Sein Autor berichtet über einen in Kuba entwickelten Krebs-Impfstoff, der zur Zeit klinischer Erprobung in Kanada unterzogen wird. Er könnte sich als Heilmittel für Menschen in aller Welt erweisen - außer für USA-Bürger, die Präparate dieser Herkunft wegen der antikubanischen Embargo-bestimmungen nicht erwerben können. Trotz der schweren ökonomischen Probleme Kubas hat Havanna seit Mitte der 80er Jahre stark in die pharmazeutische und biochemische Forschung und Entwicklung investiert. Verschiedene im Lande herausgebrachte Medikamente befinden sich in einigen Spitzenein-

richtungen der westlichen Welt im Stadium klinischer Testung.

Eine Schlüsselfigur für das Auftauchen der kubanischen Heilmittel außer Landes ist David Allen, Hauptgeschäftsführer der in Toronto ansässigen York Medical Inc., deren Tätigkeiten auf seinen ersten Besuch in 15 kubanischen wissenschaftlichen Instituten und Labors zurückzuführen ist, der 1994 stattfand. „Wir sind verblüfft, erstaunt und überrascht vom Niveau der wissenschaftlichen Leistung, weil wir das nicht erwartet hatten“, sagte er. Allen fand eine gut integrierte Gesellschaft für Forschung und Entwicklung vor, die von Wissenschaftlern mit dem Ziel betrieben wird, marktfähige Medikamente herauszubringen. Obwohl die medizinische Forschung in Kuba bis in das Jahr 1673 zurückreicht und das Land heute stolz darauf verweisen kann, Malaria, Dengue-Fieber und Meningokokken-Infektio-

nen ausgerottet zu haben, wurde es durch den 40jährigen Boykott seiner pharmazeutischen Fabriken vom Weltmarkt isoliert.

Die York Medikal Inc. war früher mit einigen kleineren Bergwerksgesellschaften finanziell verbunden, die in Joint-Venture-Beziehungen zu Kuba standen. Allens Reise auf die Insel zog einen quantitativen Sprung für York nach sich, das nun in ein Lizenz- und Entwicklungsunternehmen umgewandelt wurde, dessen alleiniger Zweck die Vermarktung kubanischer Forschungsergebnisse ist. Der kanadische Konzern übernimmt diese Produkte, führt sie klinischer Testung zu und sorgt für den weltweiten Vertrieb, falls die Anwendung erfolgreich ist. Zweitens will York im Unterschied zu britischen, französischen und deutschen Handelspartnern Kubas auf der Insel reinvestieren und dazu beitragen, daß der so-

Fortsetzung auf Seite 16

Über Spaniens Arenen und Ähnliches hierzulande

Stier, Tuch, Torero

Als ich aus dem Supermarkt kam, standen da ein paar junge Bauarbeiter, machten Frühstückspause, redeten. Über die verdammten Polacken, Türken und sonstiges „undeutsches Gesindel“, die ihnen - zufrieden mit Untertariflöhnen - die Arbeitsplätze wegnehmen. Denen müsse man eins in die Fresse hauen, sie aus Deutschland rauschmeißen. Ich grüßte die Jungen und sagte: „Wenn ich euch so höre, muß ich immer an die Stierkämpfe in Spanien denken.“ Sie waren verblüfft. „Wat hat denn det mit uns zu tun?“

„Na“, sagte ich, „da ist der Stier. Der geht immer und immer wieder auf den roten Lappen los, den ihm der Torero vor die Nase hält. Bis er so kaputt ist, daß ihn der Torero abstechen kann.“

„Na und?“

„Ihr seid wie der Stier. Wollt auf die Ausländer losgehen, vergesse aber, daß hinter denen Leute stehen, die sie eingestellt haben. Die Ausländer sind der rote Lappen, die Firmenbesitzer die Toreros!“

Die Jungen schwiegen. „Is schon wat dran, wat der Opa sacht“, meinte einer. „Aba eins hat er verjessen“, sagte ein anderer, „die Firmen, detsind doch kleene Subunternehmer, kleene Buden, wenn die keene billigen Leute einsetzen und für allet niedrige Preise nehmen, kriegen se von die Großen keene Ufräje und vonne Bank keen Kredit!“

„Da kommen wir der Sache schon näher“, sagte ich.

„Tatsache, der Torero ist ja auch nur beim Großunternehmer unter Vertrag - beim Besitzer der Arena, der Stiere und der Pferde. Der Torero geht für die Veranstalter, die Werbeleute, das Fernsehen in die Arena und auf den Stier los. Aber den Veranstaltern passiert nichts, wenn es den Stier oder auch

mal einen Torero erwischt. Hier, habe gerade den Tagesspiegel gelesen, beim Warten an der Kasse, war ja nur eine auf, fehlen wohl Arbeitskräfte, und da steht: ‘Bei Kontrollen von 25 Arbeitern durch Beamte der Ermittlungsgruppe Schwarzarbeit in Treptow gab es am Donnerstag einen dramatischen Zwischenfall. Auf der Baustelle am Königshaideweg floh ein Arbeiter über die Dächer und konnte erst nach einer riskanten Verfolgungsjagd festgenommen werden. Mit ihm wurden acht weitere Arbeiter festgenommen, die ohne die erforderlichen Papiere auf der Baustelle waren. Zwei Ukrainer, ein Pole, ein Albaner kamen in Abschiebehaft.’“

„Ja, so is det.“

„Aber ist euch schon mal aufgefallen, daß nie ein Unternehmer abgeschoben wird, vielleicht in das Land, aus dem er sich billige Leute holt?“

„Nee. Aber dazu wird’s wohl nicht kommen!“

„Nein, solange der Stier auf den roten Lappen losgeht!“

„Und wat soll’n wa machen, det sich det ändert?“

„So leicht ist das nicht. Dazu ist ein langer Kampf erforderlich: Für Gesetze, daß Firmen enteignet werden, die illegal beschäftigen! Für sehr hohe Geldstrafen gegen Banken und Großfirmen, die Subunternehmer unter Druck setzen! Schließlich haben wir eine Verfassung, in der steht, daß Eigentum verpflichtet! Und dann gegen den Schmusekurs der Gewerkschaften, deren Führer den Unternehmern hinten rein kriechen!“

„Wir sind schon lange raus aus dieser Gewerkschaft!“

„Das ist der Fehler! Drin bleiben, den Bossen Feuer machen!“

„Klingt jut. Aba nich so einfach!“

„Alles, was Arbeitern nützt, ist schwer zu machen. Kostet Kampf. Schon mal was von Klassenkampf gehört?“

Schweigen.

„Aber die Einstellung von Ausländern muß man stoppen!“

„Ja, man kann schließlich nicht mit Einwanderung in die Industrieländer das Elend in der Dritten Welt beseitigen. Und das ist doch die Ursache, daß Ausländer hierherkommen: Wieviele sollen wir denn aufnehmen? Ein Prozent Inder, zwei Prozent aus Bangladesh? Das wären schon 10 bis 12 Millionen!“

Na, dat wer een schöner Mist!“

„Ja, darum müssen die Großen gezwungen werden, in diesen Ländern höhere Löhne zu zahlen!“

„Wer’n se nich machen. Außerdem zahlen se ja Entwicklungshilfe.“

„Was? Sie zahlen? Die großen Banken und Konzerne? Übrigens, der Tagesspiegel schreibt: ‘Aus eins mach drei. Wie die deutsche Wirtschaft von Entwicklungshilfe profitiert’ ... Das ist die Überschrift. Dann heißt es bei denen: ‘Für jede Mark Entwicklungshilfe fließen mehr als drei Mark in die deutsche Wirtschaft zurück’. Deutsche Wirtschaft? Ihr Bauarbeiter seid damit jedenfalls nicht gemeint.“

„Sauerei!“

„Ja, wie kann man eigentlich von ‘Hilfe’ profitieren?!“

„Ist ja allet ganz richtig, Opa, aber wie willst det ändern?“

„Nicht von heut auf morgen. Noch mal: langer Kampf, organisierter Kampf ist nötig, aber der beginnt, wenn ihr das alles euren Kollegen klarmacht, statt den Polen und den Türken ein paar in die Fresse zu hauen. Die Arbeiter brauchen eine Partei!“

„Und wat wär det für eene?“

„Schon mal was von Kommunisten gehört?“

Ich bin bei der DKP ...“

Staunen. Schweigen.

„Also, macht’s jut!“

„Na ja. Du ooch, Opa.“

Walter Florath

Fortsetzung von S. 15

Aus dem Leben unserer Gruppe

Kuba im Herzen

zialistische Staat eigene Kapitalmarkt- und Geschäftsstrategien entwickeln kann. Gleichzeitig führt die Firma kanadische Wissenschaftler und Geschäftsleute mit einem entsprechenden Personenkreis in Kuba zusammen. Weniger als ein Jahr nach Beginn der Verhandlungen feierten Präsident Fidel Castro und seine Minister mit den York-Chefs, die acht Millionen Dollar Anschubfinanzierung für das Joint-Venture einbrachten, deren erfolgreichen Abschluß.

Vertraglich wurde festgelegt, daß alle klinischen Tests in Kanada stattfinden. York prüft jetzt fünf Entwicklungen der kubanischen Pharmaforschung - drei Anti-Krebs-Antikörper, ein Krebsvakzin und ein lokales Antipilzbakterienmittel. Das Unternehmen mußte hierfür erhebliche Summen aufbringen und übernahm selbst das volle Risiko. Allerdings hatten die Investoren keinen Konflikt mit den Bestimmungen des berüchtigten Helms-Burton-Gesetzes zu befürchten, das es USA-Behörden gestattet, ausländische Firmen zu bestrafen, deren Geschäftsverbindungen in Kuba jenes Eigentum berühren, das von Washington als durch Havanna widerrechtlich enteignet betrachtet wird. York stellte fest, daß seine Partnereinrichtungen sich nicht auf konfiszierte amerikanische Konzerne gründen, sondern lange nach dem Sieg der Revolution von 1959 geschaffen worden sind.

Die kubanischen Antikrebs-Medikamente vermeiden die Standardbehandlungsmethode: „Schneide es heraus, verbrenne es, töte es“. Statt dessen stimulieren sie das Immunsystem des Körpers gegen die Wachstumsproteine und Enzyme, die die Krebszellen als „ihr“ Programm benutzen, um sich endlos zu vermehren.

Die Mittel, von denen in Kuba gezeigt wurde, daß sie sicher und wirksam bei der Anwendung am Menschen sind, werden als möglicher grundlegender Fortschritt bei der Behandlung der meisten malignen Tumore angesehen: Kopf- und Hals-, Gehirn-, Lungen-, Mamma- und Ovarialkrebs.

Dr. Marc Vincent, Professor der Medizin an der Universität von West-Ontario in Kanada, sagte, daß ihn der Beginn seiner Arbeit mit der kubanischen Krebstherapie hinsichtlich der innovativen Qualität einiger Herangehensweisen bei der Behandlung von und Vorbeugung gegen Krebs beeindruckt habe. Anwendungen am Menschen bei Lungenkrebs-erkrankungen im Spätstadium könnten innerhalb von Monaten begonnen werden, wobei die Resultate und Verlaufsbeobachtungen etwa zwei Jahre später veröffentlicht würden.

„Was mich an der kubanischen Wissenschaft und Technologie wirklich beeindruckte, war, wie ähnlich sie der japanischen sind“, stellte er fest. „Kuba ist eine kleine Nation mit nur geringen Ressourcen; daher hat es die Intelligenz und das Talent seines Volkes eingesetzt“.

Über den Artikel aus dem „San Francisco Chronicle“ hätte sich George Eisen, wie auch unsere kalifornischen Freunde schrieben, sicher sehr gefreut. Denn er war mehr als fünf Jahre lang am Aufbau des kubanischen Gesundheitswesens beteiligt - mit Vorlesungen an der gerade gegründeten Medizinischen Fakultät in Santiago de Cuba und praktischer Arbeit als Arzt - und das zu einer Zeit, als in Kuba noch ein katastrophaler Ärztemangel herrschte.

Prof. em. Dr. med. habil. Ilse Eisen-Hagemann

Bei tropischer Hitze empfängt die Gruppe Nordost einen Gast aus den Tropen: Genossen Julio Alvarez, Gesandter der Republik Cuba und Leiter der Berliner Außenstelle der Botschaft seines Landes. „Wir stecken mitten im Umzug: Die Botschaft bezieht ein Haus im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg - wir sind sehr zufrieden mit unserem Sitz im Ostteil der Stadt - und meine Außenstelle geht nach Bonn“, beginnt der Diplomat.

„Gefahr für Kuba?“, lautet das Thema des Abends. Anlaß für die Einladung an den Vertreter des sozialistischen Staates in der Karibik ist die Sorge vieler Genossen, daß Washington - ermuntert durch den „Erfolg“ der NATO-Aggression gegen Jugoslawien - vor einem Überfall auf die Insel der Freiheit nicht mehr zurückschrecken würde. Sie beherrscht dann auch wie ein Leitgedanke alle Diskussionsbeiträge und Fragen.

Doch zunächst informiert Martin über einen Brief der „Schule des Friedens“ im serbischen Kragujevac an Berliner Freunde. „... Seit Beginn der NATO-Angriffe wurde Kragujevac siebenmal mit Sprengbomben belegt ... Unsere Kinder verbringen Tage und Nächte in Kellern ... Wir bitten um eine freundliche Hilfe mit Lebens- und Hygienemitteln für 50 gefährdete Mitglieder der Schule ... Wir möchten, daß die Zerstörung und der Tod aufhören, damit unsere Kinder in Frieden aufwachsen, im Tageslicht und nicht wie Pilze in Kellern.“ Martin verbindet die Information über bereits erfolgte und unmittelbar bevorstehende Hilfssendungen in beträchtlichem Umfang mit dem Appell, für die Kinder von Kragujevac erneut zu spenden. Eine spontane Sammlung im gut gefüllten Saal ergibt 634,50 DM.

Genosse Alvarez knüpft thematisch an: „Gegenwärtig gibt es keine Indizien für konkrete Aggressionsvorbereitungen der USA gegen Kuba. Aber wir müssen stets auf alle Eventualitäten vorbereitet sein.“ Auf eine Frage Hartwigs, eines der vier „Brigadistas“ aus unserer Gruppe, die am Aufbau von Solidaritätsobjekten der DKP in Matanzas mitgewirkt haben, antwortet er: „Alles kann jeden Tag passieren. Die USA wollen ihre Waffen verkaufen, modernisieren und ausprobieren, so daß es nach Jugoslawien eine andere „Krise“ geben wird. Wir durchleben diese Situation seit vielen Jahren. Wir sind glücklich, daß Kuba 40 Jahre lang gehalten wurde. Unser Prinzip lautet: Lieber sterben als das Vaterland aufgeben.“ Von acht kubanischen Organisationen sei jetzt eine Klage vor dem Bezirksgericht Havanna erhoben worden, berichtet der Gesandte. In ihr werde nachgewiesen, daß durch die Ermordung von 3878 und die Verkrüppelung von 2099 Kubanern allein auf humanitärem Gebiet Verluste von 181 Milliarden Dollar eingetreten seien. Die Annahme dieser Klage gegen die USA schaffe die Chance, die Forderungen der Betroffenen - möglicherweise nach Jahren - zum Gegenstand internationaler juristischer Auseinandersetzungen zu machen.

Großes Gewicht legt Genosse Alvarez auf die Erläuterung eines neuen Gesetzes zum Schutz der Republik, das seit Ende vergangenen Jahres in Kraft ist und vor allem in den USA heftige Gegenreaktionen ausgelöst hat. Es formuliert eine Reihe neuer Straftatbestände und enthält auch veränderte Festlegungen im Strafmaß. Die Öffnung des Landes für den internationalen Tourismus habe manche Probleme entstehen lassen, sagt der Diplomat. Katrin, ebenfalls „Brigadista“, ergänzt: „Die Einführung des Dollars als zweite Währung hat zu Erscheinungen wie Prostitution und Drogenhandel geführt, die es in Kuba schon nicht mehr gab. Auch Raubüberfälle und sogar Morde kommen vor. Ich war unlängst in der Provinz Oriente und habe dort mit vielen Menschen gesprochen. Nicht ein einziger war darunter, der das

neue Gesetz abgelehnt hätte. Die Leute sind froh, daß endlich etwas gegen die Kriminalität geschieht. Die Greuelmeldungen vom „Überwachungsstaat“ stammen allein aus der Auslandspresse“.

Renate, dieselbst Pastorin ist, fragt nach der Rolle der Kirche und den Auswirkungen des Papstbesuchs. „Der Besuch war für Kuba im Ganzen sehr positiv. Noch in keinem Land konnte sich der Papst so sicher fühlen wie bei uns. Durch die Berichterstattung wurde Kubas Wort - aus dem Munde Fidels - in alle Winkel der Welt getragen.“ Es gebe im Lande keine Dominanz der katholischen Kirche, sondern ein ganzes Mosaik verschiedener Konfessionen, unter denen die afrikanischen Religionen am stärksten vertreten seien. Von ihren Gemeinden stehe die Mehrzahl auf Seiten der Revolution. Zur katholischen und zur protestantischen Kirche unterhalte der Staat gute Beziehungen. „Wir können uns nicht eingraben, sondern müssen zeigen, daß wir miteinander reden und arbeiten wollen“, betont Genosse Alvarez.

Noch einmal kommt das Gespräch auf den Tourismus. Walter erkundigt sich nach dessen politischen Auswirkungen. „1993/94 hatten wir eine sehr kritische Lage. Noch ist die Krise nicht überwunden. Aber der Abschwung ist aufgehalten. Es gibt Fortschritte. Die Zuckerproduktion - sie betrug 1990 rund 8,4 Millionen Tonnen - ist mit 3,6 Millionen Tonnen zwar noch niedrig, aber erstmals wieder höher als geplant. Der Tourismus wächst dieses Jahr um ein Viertel. Wir rechnen mit 1,8 bis 2 Millionen Besuchern ... Kuba ist eine kleine Insel mit geringen Ressourcen. Viele Wirtschaftszweige sind unterentwickelt. Wir gehören keiner internationalen Finanzorganisation an. Da bleibt nur ein Ausweg: Der Tourismus. Daß daraus keine selbstzerstörerischen Folgen entstehen, gehört zu den Aufgaben der Partei.“

Brigadist Hans berichtet u.a. von seinem Engagement im Rahmen des Projekts „Rechentech für Kuba“. Bisher seien 40 Personalcomputer für die Parteischulen der PCC zur Verfügung gestellt und 25 Spezialisten weitergebildet worden. „Eine Genossin der Gruppe Nordost hatte gebeten, statt Geschenken zu ihrem 50. Geburtstag für Kuba zu spenden. Mit dem Geld konnten 100 000 Blatt Papier für die Hochschule der kubanischen Bruderpartei gekauft werden“, informiert Hans. Wiederholt habe er Kuba besucht und könne den enormen Fortschritt beurteilen, der seit 1993 erreicht worden ist. „Auch die Pesoläden sind wieder mit Waren gefüllt“. Mit Hochachtung spricht Hans von der Entschlossenheit der Kubaner, ihr Land weiter zu stabilisieren und zu verteidigen. „Noch nirgends habe ich eine solche Arbeitsintensität gesehen wie bei den kubanischen Bauarbeitern.“

Das Gespräch berührt noch viele Themen: so die politische Arbeit unter der Jugend, die beispielgebende Rolle Kubas in Lateinamerika, die Solidarität, die das sozialistische Land anderen erweist („Wir geben ab an die, die noch weniger haben als wir“). Und natürlich immer wieder Erlebnisse unserer DKP-„Brigadistas“ beim Bau der drei Arztpraxen und des Rehabilitationszentrums in Matanzas.

Als sich Genosse Alvarez und seine charmante Dolmetscherin Barbara schließlich verabschieden, waren sie doppelt so lange bei uns als geplant. Wir alle verstehen den tiefen Sinn der Schlußbemerkung des Kommunisten und Diplomaten aus Kuba: „Keine Regierung der Welt hätte eine so schwere Krise, wie sie uns nach dem Ausfall der sozialistischen Länder Europas und der Sowjetunion traf, und das gleichzeitige Embargo der USA überstanden, wenn sie sich nicht auf die Unterstützung der Mehrheit des Volkes verlassen könnte.“

Frank Mühlefeldt

Alter Hut mit neuer Krempe

Was ist „demokratischer Sozialismus“?

Auf dem unruhlichen Sonderparteitag der SED-PDS im Dezember 1989, an dem ich als einer der ND-Berichtersteller teilnahm, zog Gregor Gysi am Ende des zweitägigen Spektakels in der Berliner Dynamo-Sporthalle das Karnickel aus dem Zylinder: den neuen Parteinamen. Pro forma unterbreitete er drei Vorschläge, teilte dann aber sofort in Thomas-Gottschalk-Manier mit, welche der Varianten er selbst favorisierte: Partei des Demokratischen Sozialismus. Die Delegierten sollten den alten Hut mit neuer Krempe für den letzten Schrei der politischen Mode halten.

Bald auch wurden die altbewährten Designer des längst eingemotteten, nun aber zum Lüften an die Sonne gehängten Hofstaats von ehemals dem erstaunten Publikum vorgeführt: Die „Marx-Revidierer“ Bernstein und Kautsky gehörten zu den „Urvätern“ der Bewegung (Arbeiter- hatte man zeitgleich mit dem überstürzten Rückzug aus den Betrieben bereits weggelassen), verkündete Gysi nur eine Woche nach der feierlichen Namensweihe. Bei dieser Gelegenheit hatte er sich einen symbolischen Besen in die Hand drücken lassen: Zu fröhlicher Auskehr des mit Lenin Verbundenen. Übrigens: Hier blieb - wie vorher - nichts dem Zufall überlassen. Auch die scheinbar kleine Geste stand im Drehbuch der Regisseure. Die plötzliche Berufung des PDS-Namenssponsors auf die „großen alten Männer“ der SPD kam nicht von ungefähr. Der „demokratische Sozialismus“ - die ausschließlich auf Reformen abgestellte Suche nach Wegen zur „Überwindung“ des Kapitalismus unter Vermeidung eines revolutionären Bruches und bei scharfer Zurückweisung jedes Gedankens an die Marxsche Diktatur des Proletariats - wurzelt originär im Opportunismus und Revisionismus Eduard Bernsteins. 1897 und 1898 veröffentlichte dieser im SPD-Organ „Die Neue Zeit“ eine Serie von Artikeln, in denen er die soziale Reform (und nicht die soziale Revolution) als angeblichen Eckstein und Ziel des Marxismus vorführte. Im Grunde begab er sich damit auf die Spur bürgerlicher Liberaler. Bernstein kreierte sogar die These, Sozialismus sei die „Vollendung des Liberalismus“.

Das pluralistische Konzept des „demokratischen Sozialismus“ finden wir indes nicht nur in Bernsteins Idee von der „Humanisierung“ der Klassenkonflikte - ein Kernstück der späteren Theorie der „Sozialpartnerschaft“ -, sondern vor allem auch in Kautskys antimarxistischer Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ (1918), in der er die „undemokratische Natur“ der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse nachzuweisen versucht. In der Oktoberrevolution

hätten die Bolschewiki die „Normen der Demokratie“ nicht eingehalten. Gemeint ist natürlich die bürgerlich-parlamentarische Elle, die manche auch heute noch an ihre „Sozialismus-Konzepte“ anlegen.

Kautskys Arbeit „Die Diktatur des Proletariats“ beeinflusste maßgeblich die Herausbildung des „demokratischen Sozialismus“ als im Ganzen zwar uneinheitliche, von rechten und linksliberalen Einflüssen geprägte, aber insgesamt tragende Leitideologie der internationalen Sozialdemokratie. Vor allem die SPD hat ihr den Stempel aufgedrückt. In den 20er und 30er Jahren vermengten sich weitere Strömungen - so der „humanistische“ und der „ethische Sozialismus“, die ebenfalls den Klassenkampf und die Rolle der politischen Gewalt bei der Überwindung der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse negierten - mit dieser Ideologie.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die theoretisch-konzeptionelle Tätigkeit der Sozialdemokratie in eine neue Phase, wobei sich deren antikommunistische Komponenten noch stärker ausprägte. Das gesamte Wirken der Sozialistischen Internationale, die 1951 in Frankfurt/Main zu ihrem I. Kongress zusammentrat und dort die Deklaration „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“ verabschiedete, richtete sich auf die Bekämpfung des Hauptfeindes - die tatsächlich sozialistischen Länder - sowie auf die Verhinderung des Sieges der Revolution in anderen Regionen der Welt. Strategisch wurde in der Deklaration verkündet, man wolle „den Kapitalismus durch ein System ersetzen, in dem öffentliches Interesse gegenüber privatem Profitinteresse Vorrang genießt.“ Es gehe um das „Bestimmungsrecht über die Wirtschaft“. Obwohl Sozialdemokraten dort, wo sie - wie in Schweden - jahrzehntelang an der Regierung waren, im Interesse des „Klassenfriedens“ eine Reihe inzwischen vom Abbau betroffener bedeutender Reformen durchzusetzen vermochten, wurden die kapitalistischen Strukturen in keinem Falle angetastet. (Der Klarheit halber sei angemerkt, daß Kommunisten natürlich keine Gegner von Reformen sind, wenn diese wirklich die Lage der Werktätigen verbessern.)

In der Frankfurter Deklaration der SI wurde der „demokratische Sozialismus“ - Gysis angebliche Neuentdeckung aus dem Jahre 1989, mit der er die SED-PDS von Anfang an auf eine bestimmte Linie drängen wollte - zum ersten Mal als erklärtes Ziel der internationalen Sozialdemokratie formuliert. Damit gab man Kurt Schumachers These aus dem Jahre 1946, die SPD sei „ideologiefrei“ („weltanschauliche Neutralität“) bewußt auf. Die Frankfurter Deklaration bildete die Ausgangsbasis für die 1959 in Bad Godesberg

erfolgte Annahme eines Grundsatzprogramms der SPD, das einen Schlußstrich unter die mit der deutschen Arbeiterbewegung verknüpfte Geschichte dieser ursprünglich traditionsreichen Partei zog. Das neue Kapitel der „demokratischen Sozialisten“ der SPD hieß „linke Volkspartei“, wobei schon damals die Parole von der „neuen Mitte“, um die man sich fortan bemühen müsse, aufkam. Seitdem fehlt jede Klassendefinition. Laut Godesberger Programm ist der Sozialismus eine Gesellschaft, „in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit teilnehmen kann.“ Der „demokratische Sozialismus“ erstrebe eine „neue Wirtschafts- und Sozialordnung“. Welche? Auf welche Weise? Die Autoren schweigen sich aus. Der Sozialismus sei „eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“. Leere Worthülsen!

Allerdings darf man nicht des Glaubens sein, beim häufig auch als „dritter Weg“ bezeichneten pluralistischen Konzept des „demokratischen Sozialismus“, dessen Herzstück die durch Gysi noch im Dezember 1989 vollzogene Absage an den Klassenkampf und die von Marx und Engels definierte historische Mission der Arbeiterklasse ist, handle es sich um ein in sich geschlossenes pseudosozialistisches Modell. Davon kann keine Rede sein. Ideologischer Wirrwarr herrscht auf der ganzen Linie. Auf die Frage „Was ist Sozialismus?“ antwortete zum Beispiel Olof Palme, damals Präsident der Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Vizepräsident der SI: „Es gibt 71 Definitionen von Sozialismus. Wenn ich Ihnen die 72. sagen würde, machte ich die Dinge nicht leichter. Es gibt keine allgemein akzeptierte Begriffsbestimmung.“

Wenn den Verheißungen des „demokratischen Sozialismus“ dennoch so viele ehrliche und fortschrittliche Menschen im naiven Glauben an ihre Führer folgen, dann liegt das nicht an der Lebenskraft einer amorphen und entarteten Bewegung - der internationalen Sozialdemokratie -, sondern an der Unauslöschbarkeit des sozialistischen Ideals. Selbst die Hoffnung auf „neue Modelle des Sozialismus“, die schillernde Gaukler anpreisen, ist in gewisser Weise ein Widerhall des Traums von einer gerechteren Gesellschaft.

Doch jedes noch so graue Stück tatsächlicher Sozialismus wiegt in der Geschichte mehr als alle bunten Seifenblasen und edelmütigen Kaminträumereien zusammen.

Klaus Steiniger

Klassengesellschaften - nur 1 Prozent der Existenzdauer der Menschheit

Rückeroberung des Paradieses

Bei den Vorstellungen von der sozialistischen Gesellschaft, die z.Zt. auch in der DKP programmatisch diskutiert werden, dreht es sich um die Zukunftsfrage der Menschheit: Sein oder Nichtsein, Überleben oder Untergang.

Der Kern der Problematik betrifft das, was Engels und Marx seit der „Deutschen Ideologie“ von 1845/56 (MEW 3/25,26) und dem I. Band des „Kapitals“ von 1867 (MEW 23/16) in die allgemeine Theorie der Gesellschaftsformationen und ihrer Geschichte eingebracht haben: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse ...“ (MEW 13/8) Um ihr Leben und damit die Wechselbeziehungen zur Natur erfolgreich sichern zu können, müssen sie im Verlauf der Arbeitsteilung dem Inhalt nach vielfältigere und massenhaftere Beziehungen untereinander eingehen, auch wenn es formal so aussieht, als betätige sich z.B. heutzutage jemand an einem computergestützten Hausarbeitsplatz völlig autonom und unabhängig. (In Wirklichkeit ist er mit viel mehr unsichtbaren „Fäden“ von tausenden anderen Menschen räumlich und zeitlich abhängig als ein Individuum in einer germanischen Markgenossenschaft!)

In allen Formationen seit Auflösung der Urgesellschaft, in denen besonderes, privates Eigentum an wichtigen sachlichen Produktionsbedingungen (vor allem am Boden) bestand, entwickelte sich ein sozialer Konflikt, dessen Quelle in der privaten Aneignung der Früchte des gesellschaftlich Erzeugten besteht. Anders gesagt: Das Leben von großen Menschengruppen ist davon abhängig, ob eine kleine Gruppe von Privateigentümern die Erlaubnis erteilt, ihr Arbeitsvermögen, ihre lebendige Arbeitskraft mit den Mitteln (Werkzeuge, Maschinen ...) und Gegenständen (Rohstoffe, Halbfabrikate ...) gekonnt gegen Lohn in Verbindung zu setzen.

Bei den bisherigen Versuchen, diesen Konflikt unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu lösen, wurden wachsende Massen bzw. Mengen an Menschen und Materialien systematisch vernichtet. (Man betrachte nur die imperialistischen Kriege des 20. Jahrhunderts!) Dieser Gesellschaftszustand wird der Sache nach für die Werktätigen nicht dadurch besser, daß man ihn als „Marktwirtschaft“ oder „Moderne“ bezeichnet.

Alle bisherigen Gesellschaftsordnungen mit Privateigentum an Produktionsmitteln machen zusammen höchstens 1% (nicht mehr als 10 000 Jahre) der gesamten Existenzdauer der Menschheit (mindestens

1 Million Jahre) aus; d.h. während 99% ihres Bestehens entwickelte sich die menschliche Gattung ohne privates Eigentum an Produktionsmitteln, also ohne soziale Klassen, ohne Staat, ohne positives Recht, ohne Ideologie!

Die Überlieferung dieser geschichtlichen Tatsache (z.B. selbst in Schriften der Bibel) war der reale Hintergrund dafür, daß alle Vorstellungen über eine bessere und gerechtere Zukunft (als Rückeroberung des Paradieses), die sich in der europäischen Region seit wenigstens anderthalb Jahrtausenden, insbesondere aber seit dem 16. Jahrhundert, nachweisen lassen, folgende Grundpositionen enthielten: Gleichheit des Besitzes oder Gemeinschaftsbesitz; meist kollektive Weise der Bewirtschaftung; allgemeine Pflicht zur Arbeit; allgemeines Recht, die Früchte der Arbeit zu genießen; gemeinschaftliche Wohnanlagen und -gebiete; radikale politische Demokratie; Räte oder Senatskommissionen an der Spitze der Republiken bei zentralisierter Staatsführung; Selbstgenügsamkeit der Nationen einerseits und Expeditionen andererseits; Erziehung, Bildung, Gesunderhaltung als öffentliche Angelegenheiten; Gleichberechtigung der Geschlechter; Nutzung von Technik und Technologien; bewußte Kooperation zwischen allen Wissenschaften; Naturerkenntnis als Voraussetzung für Naturnutzung und -beherrschung. Die von Engels und Marx 1847/1848 seit den „Grundsätzen des Kommunismus“ oder im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (MEW 4/361 ff., 4/59 ff.) entwickelten Zukunftsvorstellungen waren also keine Visionen im Sinne von Phantasien, sondern Schlußfolgerungen aus bis dahin veröffentlichten Utopien sowie Berichten vom praktischen Leben in kommunistischen Ansiedlungen Großbritanniens und der USA (MEW 2/521 ff.)

Ihr Leben lang weigerten sich Marx und Engels, detailliertere Pläne der kommunistischen Gesellschaftsordnung zu entwerfen. Jedoch gaben sie einige Grundorientierungen, die noch immer Gültigkeit haben:

1. Die neue Gesellschaft wird nicht in einer Aktion, sondern in einer ganzen Periode von international und vor allem auf ökonomischer, politischer und theoretischer Ebene planmäßig geführten Klassenkämpfen errungen werden müssen;
2. Es gibt nach der Übergangsperiode (mit politischer Herrschaft der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger) mindestens eine niedere Phase (Sozialismus) und eine höhere Phase (Kommunismus im engeren Sinne);
3. Die wichtigsten Produktionsmittel müssen Eigentum der Gesellschaft sein;

4. Jeder hat die Pflicht, seinen Fähigkeiten entsprechend produktiv tätig zu sein - jeder hat das Recht, dafür anteilmäßig Mittel zum Leben zu empfangen;

5. Die Leitung und Organisierung der Produktion und die Verteilung der Mittel zur Existenz sowie des öffentlichen Lebens müssen planmäßig und bewußt (Förderung und Nutzung der Wissenschaften durch weise Leitungen!) gestaltet werden;

6. Der alte Staatsapparat muß ersetzt werden; die günstigste Form der politischen Organisation ist die Republik, in der Wahl- und Abwählbarkeit, Rechenschaftspflicht, Öffentlichkeit, Kollektivität und gute Facharbeiterlöhne für Abgeordnete und Leitende einige Kennzeichen sind.

Im Unterschied zu Angehörigen aller Generationen, die sich bis zur Oktoberrevolution 1917 Vorstellungen über ihre sozialistische Zukunft gemacht hatten, besitzen wir - trotz der von uns mit zu verantwortenden Niederlage von 1989/1990 - den historisch realen Vorteil, unsere weiteren Vorstellungen durch eine wissenschaftliche Analyse sowohl der Leistungen als auch der Fehler zu unterstützen, die seit 1917 und insbesondere seit 1945 vollbracht und begangen wurden.

Dazu ist jedoch eine klare und parteiiche Position zum Aufbau des Sozialismus in den RGW-Ländern, China und der KVDR erforderlich, die zumindest eines anerkennt: Im Unterschied zu allen seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten Modellen eines „demokratischen Sozialismus“, die nur ideell sind, ist jahrzehntelang praktisch und weltweit öffentlich unter Beweis gestellt worden, daß eine neue, klassenlose Gesellschaft bei schöpferischer Berücksichtigung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus real geschaffen werden kann. Die Deutsche Demokratische Republik hat dazu unter Leitung (und nicht trotz) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands keineswegs die schlechtesten Beiträge erbracht!

1989/1990 wurde wiederum die alte Erfahrung bestätigt: Man kann die Pflanze Sozialismus weder reformieren noch veredeln, wenn man sie mit der Wurzel ausreißt; nur dann, wenn die politische Macht gesichert bleibt, läßt sich über die Verbesserung des Sozialismus streiten! Und: Mit seiner Realisierung kommt notwendigerweise das Ende jeder noch so schönen Utopie oder Zukunftsvorstellung, denn die praktische Gestaltung ist schwerer und schöpferischer als hehre Visionen.

Eike Kopf

Wem dient der Eurochauvinismus?

Ein deutsches Instrument

Selbstverständlich sind Kommunisten auch Internationalisten und als solche für das Zusammenwirken der Völker. Ist jedoch der heutige Ruf nach einem vereinigten Europa wirklich zeitgemäß? Bedeutet er nicht vielmehr - ob gewollt oder ungewollt - eine Unterstützung für den nach der europäischen „Krone“ greifenden deutschen Imperialismus? Und zugleich eine Abschottung der „weißen Länder“ gegenüber der Dritten Welt? Alle Parteien - auch linke - beziehen sich unisono und ohne Bedenken auf ein mystisches „Europa“: „Europa“-Wahlen, „Europa“-Parlament, Euro, Europabank. Sie haben „vergessen“ oder verdrängt, daß die Europäische Union - für die diese Einrichtungen nur gelten - lediglich 23,7 Prozent des Territoriums und 37,5 Prozent der Bevölkerung des Kontinents repräsentiert. Der Ruf nach „Europa“ ist also tatsächlich ein Appell zur Erweiterung der Macht der EU, zu territorialer Expansion, zur Unterwerfung weiterer Völker.

In Erklärungen und Programmen einiger linker Parteien wird das natürlich nicht erkennbar; es ist überdeckt von Antikriegsforderungen, dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, um Mindestlohn, gegen Faschismus, für mehr Demokratie ... Aber sind diese Forderungen etwa leichter als bisher durchzusetzen, wenn die Macht des deutschen Finanzkapitals - im Namen „Europas“ - territorial enorm erweitert und gestärkt wird? Glauben die Linken allen Ernstes, daß es z.B. ein Glück für die Völker Osteuropas ist, vom deutschen Kapital auf solche Weise „koordiniert“ und ausgeplündert zu werden? Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Kampfbedingungen der Arbeiter, der Gewerkschaften, der Kommunisten und Sozialisten werden sich erheblich verschlechtern; der Faschismus erhält Auftrieb.

Was der deutsche Imperialismus in zwei Weltkriegen nicht erreicht hat - die Unterjochung ganz Europas - soll nun auf „friedli-

chem“ Wege (mit D-Mark und Euro und nur im Weigerungsfalle auch mit „humanitären“ Bomben) durchgesetzt werden. Worin besteht denn der Sinn eines imperialistischen Europas?

Es geht um:

1. Austragen des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Gruppierungen in Europa selbst, d.h. die Erzielung von „Übereinkünften“ zur Macht- und Profitverteilung nach Maßgabe des jeweils eingebrachten Kapitals. Hauptaktionär ist das deutsche Finanzkapital. Nicht zufällig sitzt die Europabank in Frankfurt/Main.

2. Gemeinsam organisierte und nach Einflußsphären und Machtbereichen aufgeteilte Ausplünderung der Völker Asiens, Afrikas, Süd- und Mittelamerikas, einschließlich der dazu gehörigen kriegerischen Scharmützel.

3. Gemeinschaftliche Ruhigstellung der Völker der europäischen imperialistischen Hauptländer mit Zuckerbrot (manche nennen das „Sozialstaat“) und Peitsche (manche nennen das „Recht und Ordnung“) unter gleichzeitigem Abbau des Lebensniveaus und Wegfall aller sozialpolitischen Zugeständnisse, die dem Kampf gegen den Sozialismus geschuldet waren.

4. Zusammenfassung der Mittel und Möglichkeiten des gesamten europäischen Finanzkapitals im Konkurrenzkampf vor allem der deutschen Monopole gegen die Hauptkonkurrenten USA und Japan. Die jüngsten Gipfel der EU und der G7 in Köln sandten dafür deutliche Signale. Ziel ist die eigenständige Bewaffnung und militärische Organisation „Europas“ neben und außerhalb der NATO.

5. Vollständige Unterjochung und Ausplünderung der Völker Osteuropas, vor allem Rußlands, im Wettlauf mit dem USA-Kapital. Der Kölner EU-Gipfel verkündete offen die „friedliche“ Eroberung Rußlands. Hardliner in den USA gehen dabei brutaler vor. Die Aggression gegen Jugoslawien war eine Drohgebärde gegen die Russische Fö-

deration und vor allem gegen Belorußland. 6. Gemeinsame Abwehr jeder Bewegung und Tendenz in Richtung Sozialismus (als Wissenschaft, als Erfahrung, als aktueller Kampf und als zukunftsgestaltende Kraft.) Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen ist ein anderes Europa nicht denkbar. Daher bleibt ein „demokratisches“ Europa solange reine Utopie, wie sich die Macht- und Eigentumsverhältnisse nicht grundlegend verändern. Mit Parlamentarismus und Wahlen ist da gar nichts auszurichten; damit kann man lediglich Pflästerchen aufkleben.

Jegliche „Europa“-Werbung bedeutet also heute nichts anderes als Unterstützung des deutschen Finanzkapitals, von Aggression und Krieg. Ich nenne das Eurochauvinismus. Die hübsche Formel, daß Europa - so, wie es ist - solidarisch, demokratisch, sozial und friedlich sein möge, erweist sich als Täuschung und Selbstbetrug. Auch mit Verträgen kann man die Macht des Kapitals nicht einschränken. Wo in aller Welt hat die Bourgeoisie jemals Abkommen zum Verzicht auf Profit geschlossen? Was zählt, ist allein der Widerstand der Völker.

Die jüngsten Wahlen haben es bewiesen: Das „Europa“-Parlament vertritt ganze 15 Prozent der Europäer (mehr haben an der Abstimmung nicht teilgenommen). Ist es unter diesen Umständen zeitgemäß, wenn auch Linke für „Europa“ die Trommel rühren, obwohl 60 bis 70 Prozent der Wähler in den EU-Ländern instinktiv spüren, daß dieses Europa nur Unheil bedeutet?

Ich verstehe auch nicht, daß Kommunisten einiger Länder, die gegen den Krieg sind, gleichzeitig „Europa“ auf ihre Fahnen geschrieben haben, wo dieses „Europa“ doch gerade erst bewiesen hat, daß es Aggression mit und ohne Bomben bedeutet. Internationalisten müssen die Völker warnen, sich nicht freiwillig der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus auszuliefern. So konkret steht die Frage: Was unter anderen Vorzeichen eine progressive Forderung sein könnte, ist mit den derzeitigen Inhalten und bestimmenden Kräften ein reaktionäres Programm.

Norbert Pauligk

Am Rande bemerkt

□ Auf dem VIII. Pädagogischen Kongreß wandte sich **Margot Honecker** mit folgenden Worten an die Eltern:

„Jede Mutter und jeder Vater, denen das Wohl ihres Kindes am Herzen liegt, kann sagen: Was in unserer Schule gelehrt und anerzogen wird, ist gut, denn es ist eine Erziehung in der Achtung vor den Menschen, ihrer Arbeit, der Achtung anderer Völker, es ist eine Erziehung, die die Kinder lehrt, für den Frieden, für das Glück der Menschen mit Wort und Tat einzu-treten. Welche, wenn nicht unsere Weltanschauung, unsere Ideologie, die immer mehr Menschen auf der Erde erfaßt, weil sie wahr, weil sie menschlich ist, sollten wir unseren Kindern empfehlen? Sie ist das Beste, was wir der jungen Generation übermitteln können und übermitteln müssen. Und eben in diesem

Sinne sprechen wir von klassenmäßiger, revolutionärer Erziehung, davon, daß die gesamte Bildung und Erziehung der Jugend auf die Erziehung zur kommunistischen Moral gerichtet ist.“

□ Der bulgarische Kommunist **Georgi Dimitroff**, dessen Name vor 1933 außerhalb der Balkanländer nur wenigen bekannt war, ist durch den Reichstagsbrandprozeß, der im September 1933 vor dem Reichsgericht in Leipzig begann, der ganzen Welt bekannt geworden. Dimitroff war mit zwei anderen kommunistischen Emigranten aus Bulgarien nach dem am 27. Februar 1933 von den Nazis inszenierten Reichstagsbrand in Berlin in Haft genommen und angeklagt worden, gemeinsam mit dem Holländer Marinus van der Lubbe den Reichstag in Brand gesetzt zu haben, um einen kommunistischen Umsturz in Deutschland herbeizuführen. Mit dieser erlogenen Anklage sollten die wahren Urhe-

ber des Reichstagsbrands abgeschirmt und der antikomunistische Terror, zu dem die Brandstiftung den Vorwand geliefert hatte, legitimiert werden. Doch der Angeklagte Dimitroff hatte den Mut und die Kraft, das Lügengewebe der Anklage zu zerreißen und den wahren Reichstagsbrandstifter, den Reichspräsidenten, preußischen Ministerpräsidenten und späteren „Reichsmarschall“ Hermann Göring, der im Prozeß als Zeuge auftrat, so in die Enge zu treiben, daß Göring vor Wut zu toben begann.

Alexander Abusch, einer der Hauptredakteure des Anfang August 1933 erschienenen „Braunbuchs über den Reichstagsbrand“, schrieb zum 90. Geburtstag Dimitroffs 1972: „Es kam meiner publizistischen Arbeit [zur Verteidigung Dimitroffs] zugute, daß ich Georgi Dimitroff persönlich als einen klarsichtigen, wohlüberlegenden Strategen und Taktiker der marxistisch-leninistischen Poli-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

tik unserer kommunistischen Weltbewegung kannte, dem nichts ferner lag als anarchistisches Abenteuerertum, Sektierertum und Putschismus. ... Es gelang, zahlreiche Journalisten bürgerlicher Zeitungen mehr und mehr durch Beweismaterial davon zu überzeugen, daß die Brandstiftung im deutschen Reichstag nur eine antikomunistische Provokation der regierenden faschistischen Gangster gewesen sein konnte. Indem die Kette der Beweise sich im Sinne der politischen Grundfrage, Cui bono? (Wem nützt es?) schloß, wurde durch die Weltöffentlichkeit überhaupt das Stattfinden des Reichstagsbrandprozesses erzwungen. Der geplante feige Mord ohne Gerichtsverfahren gelang nicht."

Als Georgi Dimitroff am 2. Juli 1949 - vor 50 Jahren - im Alter von 67 Jahren starb, trauerte nicht nur das bulgarische Volk um den Erbauer seines neuen Staates. Mit ihm trauerten die Gegner des Faschismus und des Krieges in der ganzen Welt um den großen Revolutionär, den Helden des Leipziger Reichstagsbrandprozesses, den Organisator des antifaschistischen Kampfes und ehemaligen Generalsekretär der Komintern.

□ Zum 95. Geburtstag **Pablo Nerudas** am 12. Juli sei zitiert, was Jürgen Gruner, damaliger Leiter des Verlages Volk und Welt, vor 25 Jahren im ND schrieb: „Ein schmales Gedichtbändchen ‚Beleidigtes Land‘ - mit einem Vorwort von Anna Seghers, einem Umschlag von Klaus Witt-kugel, dem Signet des Verlages Volk und Welt - ermöglichte 1949 unser erstes Treffen mit einem ganz Großen der Weltliteratur des 20. Jahrhunderts: In der deutschen Nachdichtung von Stephan Hermlin erklang zum erstenmal jener einmalig fremde, damals mehr geahnte als begriffene und dennoch in der Gesinnung so eindeutige Gesang eines Poeten, der von weither schwang, weit wegblieb, aber von nun an immer da war: Pablo Neruda."

Daß wissende und kennende Antifaschisten ins Geistig-Kulturelle unserer jungen Republik von Anfang an die Großen auch der ausländischen humanistischen Weltkunst eingebracht haben - Majakowski und Eluard, Gorki und Hikmet, Amado und Aragon, Scholochow und Faulkner, Leonow und Guillén, Wolfe und Akutagawa - zeigte Welt-offenheit und Aufgeschlossenheit der neuen Gesellschaft gegenüber allen humanistischen Kunstleistungen. Pablo Neruda wurde zum „ständig wirkenden Faktor“ unserer Kultur. Er half und hilft das Provinzielle vertreiben, im Denken, Urteilen, Erinnern. Wie alle Unersetzbaren ist er ohne sein Vaterland, seine Heimat nicht zu erklären, ohne den Kampf der Völker für die menschliche Welt nicht zu begreifen. Patriot und Internationalist. Wir brauchten und wir brauchen ihn sehr."

Alle Freundinnen und Freunde Eva Siao und Chinas (siehe RF Nr. 8, Sept. 1998) möchte ich hinweisen auf einen preiswerten Bildband (nur noch wenige Exemplare lieferbar): Eva Siao, CHINA, Photographien 1949-1967, 144 S.; früher 48 DM, beim RotFuchs nur 35 DM.

BÜCHER - SUCHDIENST: Falls der eine oder andere Leser ein vergriffenes Buch sucht, bitte an die Redaktion wenden - nach Möglichkeit helfen wir bei der Beschaffung. W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Nur gar zu begierig nehme ich das Stichwort „Büchersuchdienst“ in Ihrem Juni-Heft '99 zum Anlaß, jedermann bekanntzugeben, daß ich mit großer Dringlichkeit zunächst nachstehende zwei Titel suche: Howard Fast: „Spartacus“, Dietz-Verlag; Theodore Dreiser: „Schwester Carrie“, Aufbau-Verlag. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich mit Hilfe Ihres Blattes zu diesen beiden Büchern gelangte.

Ganz unabhängig davon könnte ich Ihnen für Ihre Bücherecke einige Exemplare meines Romans „Die Abenteuer des Werner Holt“ I/II (wenn gewünscht auch mit Widmung) zur Verfügung stellen, doch verbietet mir meine angeborne Bescheidenheit, Sie Ihnen aufzudrängen.

Herzlichst mit solidarischen Grüßen

Dieter Noll, Wernsdorf

Die beiden durch Genossen Dieter Noll gesuchten Bücher wurden von unserem Kultur-redakteur W.M. sofort beschafft. Wir danken für das freundschaftliche Angebot des Autors, uns mehrere signierte Exemplare seines DDR-Erfolgsromans „Die Abenteuer des Werner Holt“ zur Verfügung zu stellen. Die Bände sind „RotFuchs“-Lesern gegen einen Solidaritätsbetrag ab sofort zugänglich.

Der heutige Sonntag gehörte wieder dem unverzichtbaren Auftanken durch die Lektüre des neuesten „RotFuchs“. Wenn ich aufzählen wollte, was mir daran gefiel, müßte ich von Seite 1 bis Seite 23 fast alle Artikel und Autoren nennen; ich will aber nur sagen, daß ich Eure Schwerpunktsetzung begrüße: NATO-Kriegsverbrechen, DDR, internationale kommunistische Bewegung, Gewerkschaftsarbeit, Solidarität mit den Opfern der Siegerjustiz, und daß mir etwas sehr gefehlt hätte, wenn nicht Wolfgang Metzgers Randbemerkungen und die Reporterskizzen auch in dieser Nummer vertreten gewesen wären. Der Überraschungsknüller aber war Dieter Süverkrüps Satire aus dem Jahre 1977. Man kann es kaum glauben, daß er das nicht 1989 oder 1999, sondern schon vor über 20 Jahren verfaßt hat. Es ist noch immer ein Volltreffer auf „Erneuerer“ und „Sozialismusverbesserer“ von gestern und heute!

Aber ich habe auch Fragen: Geben wir wirklich ein realistisches Bild vom Resultat des NATO-Kriegsverbrechens, wenn wir schreiben: „Niederlage der NATO“? Gewiß, die USA-Imperialisten haben nur ihre Minimal-, nicht aber ihre Maximalziele erreicht. Aber wir sollten uns nichts vormachen - auch das bedeutet: Die NATO-Aggression hat ein Etappenziel erreicht; sie wurde nicht zurückgeschlagen, die nächsten Aggressionsschritte zeichnen sich schon ab. (...)

Zur DDR-Thematik. Selbstverständlich bin ich voll einverstanden mit allen Ausführun-

gen, die besagen, daß die DDR selbst in ihren letzten Niedergangsjahren der bessere, der demokratischere deutsche Staat war. Aber bei den Ausführungen zu den Ursachen des Nieder- und Untergangs beschränken sich die meisten Autoren auf eine isolierte DDR-Betrachtung, als ob unser Nieder- und Untergang nicht nur Stück eines zum entscheidenden Teil von außen, vor allem von der Sowjetunion herbeigeführten Nieder- und Untergangs des staatlichen Sozialismus in Europa gewesen wäre. Man kann die wachsenden demokratischen Defizite in den letzten Jahren der DDR nicht erklären ohne Berücksichtigung des ökonomischen Niedergangs, der wiederum nicht DDR-spezifisch, sondern Bestandteil des ökonomischen Verfalls im RGW-Raum war. Wir müssen dieser unwiderleglichen Wahrheit zum Durchbruch verhelfen gegen Behauptungen, mit ihrer Feststellung wollten wir nur die eigene Schuld und die eigenen Fehler auf andere abwälzen. Eine objektive Bemessung und Beurteilung der - natürlich begangenen und genau zu analysierenden - Fehler ist nur möglich bei einer nicht national isolierten, sondern ganzheitlichen, über den nationalen Rahmen hinausgehenden Untersuchung. (...)

Dr. Kurt Gossweiler, Berlin

Den „RotFuchs“ habe ich nun schon mehrere Male erhalten. Er ist eine Erweiterung des Angebots an klärenden Informationen, denn über die Medien kommt eher Verwirrung. Ich lese die Zeitung mit großem Interesse. Für den Versand des „RotFuchs“ ein Beitrag in Form von Briefmarken.

Hanna Mückenberger, Berlin

Wenn Sie noch Exemplare der Juni-Ausgabe zur Verfügung haben, würde ich mich sehr freuen, wenn Sie mir zwei senden könnten. Ich möchte sie an Bekannte in Ostdeutschland weitergeben, die den „RotFuchs“ nicht kennen, aber mit Sicherheit Interesse an seinem Inhalt hätten. Anbei ein Unkostenbeitrag.

Arne Gravesen, Nibe (Dänemark)

In den letzten drei Monaten hatte ich Gelegenheit, die von Euch im Internet veröffentlichten Auszüge zu lesen. Das hat Appetit auf mehr gemacht. Mit anderen Worten: Ich wäre an einem regelmäßigen Bezug der Print-Ausgabe interessiert. Bitte laßt mich wissen, ob Ihr mich kurzfristig mit in den Verteiler für Brandenburg aufnehmen könnt und wie sich das Ganze finanziell regeln läßt. Viele Grüße nach Berlin.

Michael Forbrig, Strausberg

Ich erhalte nun schon ein halbes Jahr den „RotFuchs“. Jeden Artikel, ja jede Zeile lese ich

aufmerksam und mit großem Interesse. Immer wieder bin ich von den konsequenten marxistisch-leninistischen Positionen beeindruckt. Herausragend sind für mich die Artikel von Klaus Steiniger. Kommunistische Parteilichkeit gepaart mit journalistischem Können zeichnen sie aus. So auch sein Beitrag „Niederlage der NATO“ in der Juni-Ausgabe des „RotFuchs“.

Und trotzdem bewegt mich: Wird nicht manches vereinfacht und unausgewogen dargestellt? Ich stimme z.B. der Einschätzung zur doppelten Niederlage der NATO-Aggression gegen Jugoslawien voll inhaltlich zu. Aber wurden nicht auch Positionen des Imperialismus gestärkt? Ich meine ja. (...)

Die Profite des militärisch-industriellen Komplexes sind gestiegen und werden im Zuge des sogenannten Wiederaufbauprogramms für Kosovo weiter steigen - das bedeutet Machtzuwachs der Finanzoligarchie.

Imperialistische Besatzungszonen in Jugoslawien - das bedeutet nicht nur direkten Zugriff auf die erheblichen Rohstoffvorkommen im Kosovo wie Blei, Zink, Kohle etc., sondern eröffnet neue Möglichkeiten der ideologischen Diversion und der aggressiven Machenschaften gegen den verbliebenen Rest Jugoslawiens.

Die „intelligenten“ Waffensysteme wurden unter Kriegsbedingungen getestet und neue Erkenntnisse werden für ihre Weiterentwicklung gezogen - das erhöht die militärische Schlagkraft der NATO.

Ganz im Sinne des Artikels von Dieter Itzerott „Die Großdeutschen im Anmarsch“ wurden die Positionen des deutschen Imperialismus und Militarismus entscheidend verbessert. Der Einsatz eines Hombach als EU-Balkanbeauftragter ist dafür auch ein Beispiel. (...) Anbei wieder eine kleine Unterstützung: 30 DM in Briefmarken.

Saarfried Thiele, Borna

Oftmals hört man, die PDS müßte mehr tun. Stimmt. Sie sollte sich weniger um Begriffe streiten als um Veränderungen in der Politik. Dabei mehr den sozialistischen Weg als den sozialdemokratischen einschlagen. Vielleicht von einem Außenstehenden leicht gesagt. Aber die Parteibasis bestätigt mir vieles dabei.

Wenn ich sage, man streitet sich zu sehr über Definitionen, dann stimmt das. Ich komme oftmals zu dem Schluß, sie wollen das Fahrrad nochmals erfinden. Dabei wäre es zweckmäßiger, den echten Marxismus wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, wie es Marx mit Hegel getan hat. Ihn von personengebundenen Anschauungen bzw. Auslegungen befreien und danach arbeiten.

Heinz Handke, JVA Hakenfelde

Bei der Beseitigung der 11 000 Blindgänger in Jugoslawien werden unschuldige Menschen zu Krüppeln oder kommen ums Leben. Ich

würde empfehlen, daß jene, die die Befehle zum Abwurf der Splitterbomben gaben, samt den Piloten nun ihren lebensgefährlichen Müll auch selbst wegräumen sollten. Vielleicht wäre dann in Zukunft der Frieden sicherer. Übrigens: Den „RotFuchs“ würde ich als „Tier des Jahres“ unbedingt unter Schutz stellen. Meine erste Bekanntschaft mit ihm ist positiv.

Elisabeth Monsig, Friedrichsthal

Ich bedanke mich für die Juni-Ausgabe des „RotFuchs“. Er begibt sich jetzt - wie seine Vorgänger - auf einen „Rundlauf“. Ihr erfahrt viel Zuspruch. In diesem Sinne: Weiter so! Anbei ein kleines Salär.

Christa Suhr, Berlin

Vielen Dank für die Nummer 17. Die Zeitschrift enthält wieder eine Reihe von Beiträgen, aus denen man für die eigene Arbeit Schlußfolgerungen ziehen kann. So gefiel mir sehr der Artikel von Matthias Bublitz zur DDR. (...) Was Kurt Walter zum Thema „Verrat“ schreibt, stimmt mit meinen Auffassungen überein. Leider finden wir auch innerhalb der PDS Mitglieder, von denen man sagen kann, daß sie mit ihrem heutigen Standpunkt Verrat an der Arbeit der vielen Genossen üben, die ehrlich für die DDR wirkten und alles getan haben, um dem Marxismus-Leninismus zum Erfolg zu verhelfen. Der Beitrag von Frank Mühlefeldt findet meine volle Zustimmung. Wir haben in Werdau ein Ortskartell des DGB gegründet, um die Gewerkschaft als Kampforganisation wieder zu beleben. Leider bestehen in den jetzigen Betrieben, die einmal Hochburgen der Arbeiterklasse waren, keine Gewerkschaftsgruppen mehr. (...) Dennoch versuchen wir, unseren Beitrag zu leisten. Bei den Kommunalwahlen gefiel uns das Ergebnis in unserem Ort nicht: 11,4 Prozent oder 912 Stimmen. Trotzdem - zwei Genossen sind im Gemeinderat, zwei im Ortsschaftsrat Ruppertsgrün und ein Sympathisant im Ortschaftsrat Fraureuth. Soweit aus unserer Arbeit. Danke an alle Genossen für die guten Beiträge. Anbei 10 DM für die Zeitung.

Günter Bauch, Fraureuth

Danke für ein halbes Jahr „RotFuchs“. Anbei 50 Mark.

Horst und Helga Rudolph, Berlin

Die herausgehoben-positive Würdigung Gustav Heinemanns durch Willi Belz aus Kassel hat mich überaus erfreut. Ich habe für G.H. in den 50er Jahren mehrere große Versammlungen organisiert und geleitet. (Die Einladung, als sein Sekretär nach Essen zu kommen, konnte ich aus beruflichen Gründen nicht realisieren). (...) Daher kenne ich

die Ansichten von G.H. sehr gut und möchte als ihren Generaltenor seine unbedingt friedensorientierte Ethik nennen, die auch Willi Belz in der namhaften Kasseler Zeitung mit Recht hervorhebt. Nur: Sozialist in unserem Sinne war er nicht. Dazu war er (auch als SPD-Politiker später) seinem bürgerlichen Weltbild noch zu stark verhaftet.

Aus einem besonderen Grunde schätze ich das Urteil von Willi Belz über G.H. ganz besonders hoch ein: Die Meinung in KPD-Kreisen über ihn war nämlich nicht von Anfang an so positiv. Daran hat er freilich auch seine Mitschuld. Denn als Bundesinnenminister sah es G.H. als eine seiner ersten Aufgaben an, die antifaschistischen (besonders kommunistischen) Polizeipräsidenten und -direktoren, die 1945 durch die Besatzungsmächte in ihre Ämter gekommen waren, auszubooten. (...)

Gerhard Moest, Leipzig

(...) Jeder „RotFuchs“ ist eine Freude! Auch für meine Frau ist er zur Zeitung geworden, auf die sie immer wartet und die sie bis zur letzten Zeile liest.

Dieter Itzerott, Torgau

Heute habe ich den „Juni-RotFuchs“ erhalten, wofür ich mich herzlich bedanke. Bei dieser Gelegenheit teile ich Euch meine neue Adresse mit und bitte Euch, mir den „RotFuchs“ unbedingt weiter zu schicken. (...) Anbei 10 DM

Bernhard Schwarz, Berlin

Was den Klassenstandpunkt betrifft, muß ich feststellen, daß der „RotFuchs“ einzigartig ist und immer besser wird. Im „Neuen Deutschland“ hingegen werden klassenorientierte Artikel und Leserbriefe möglichst vermieden. Dort verfälscht man sogar die Geschichte, wie Norbert Pauligk im „RotFuchs“ Nr. 17 zurecht festgestellt hat. Die Abschaffung des Sozialismus unter Mitwirkung der Reformsozialisten 1989 ist im ND tabu. Wie schon mehrere andere Beiträge von mir, wurde auch der folgende kurze Text dort nicht gebracht:

Unter der Überschrift „Tatsachen nicht einseitig bewerten“ verwies Prof. Fritz Klein (ND 12.6.99, S.4) auf die Ereignisse in der CSSR im August 1968 und meinte, ehrliche Sozialisten wären von der Sowjetunion und NVA-Truppen an der Verbesserung des Sozialismus gehindert worden. Heute wissen wir, daß die „Verbesserung“ des Sozialismus 1989 in den Ländern des Warschauer Vertrages zu seiner Beseitigung und zur Restaurierung des Kapitalismus führte, was letztlich den Bombenkrieg gegen Jugoslawien möglich machte.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Reporterskizzen (15)

Der Schwarze mit dem weißen Stock

Vor mehr als 38 Jahren, am 21. April 1961, erreichte die Redaktion des ND ein verzweifelter Hilferuf aus den Vereinigten Staaten. Der Brief kam von William L. Patterson, einem afroamerikanischen Anwalt, der sich schon 1926 in der Verteidigungskampagne für Sacco und Vanzetti einen Namen gemacht hatte. Als Mitglied des Politbüros der unter McCarthy an den Rand der Legalität gedrängten KP der USA schilderte Patterson nun einen weiteren Fall brutaler Justizwillkür.

Im Namen seiner Partei bat er um publizistische Unterstützung. Das Leben des in der Haft erblindeten Genossen Henry Winston müsse gerettet werden. Dieser war 1949 gemeinsam mit zehn anderen KP-Führern in New York wegen der Weigerung vor Gericht gestellt worden, sich als „Agent einer ausländischen Macht“ - der Sowjetunion - registrieren zu lassen und den Behörden die kompletten Mitgliederlisten der Partei auszuliefern. Nach langwierigem Prozeß zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt, hatte Henry Winston die Strafe nicht angetreten und war in die Illegalität gegangen. Als er 1956 den schützenden Untergrund verließ und sich den Behörden in der Annahme stellte, der antikomunistische Gesinnungsterror sei bereits im Abklingen, wurde er sofort festgenommen. Er erhielt drei zusätzliche Haftjahre wegen „Mißachtung einer staatlichen Entscheidung“.

Wie Patterson schrieb, hatte Winstons Verteidiger John Abt seinen Mandanten im Gefängnis taumelnd und in bedrohlichem Zustand vorgefunden. Erst nach Überwindung bürokratischer Schikanen war schließlich eine Einweisung in das Anstaltshospital erfolgt. Bei dem unter unerträglichen Kopfschmerzen leidenden Gefangenen, den die Wärter als „Simulanten“ verhöhnt hatten, wurde ein Gehirntumor diagnostiziert. Der Schwerstkranke erblindete. „Hätte man die Untersuchung, wie von Winston gefordert, einige Monate früher vorgenommen, wäre sein Augenlicht vermutlich gerettet worden“, hieß es in Pattersons Brief.

Weltweiter Protest erzwang die Einweisung des in Lebensgefahr schwebenden Arbeiterführers in ein Privatkrankenhaus. Doch jetzt, so signalisierte Patterson, beabsichtige man die erneute Inhaftierung des Frischoperierten. „Zur Verbüßung der Reststrafe“.

Der Alarmruf aus New York - das ND veröffentlichte ihn sofort im Wortlaut - mobilisierte Millionen DDR-Bürger. Auch in vielen anderen Ländern wurde für Winstons Freiheit gekämpft. Doch erst im Juni 1961 öffneten sich ihm endlich die Gefängnistore.

Damals befand sich die KP der USA in einer Phase der Rückkehr zu voller Legalität. Der McCarthyismus - eine Form moderner Inquisition - war gefallen. Mit den in die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung eingegangenen Worten „I lost my sight but not my vision“ (Ich habe mein Sehvermögen verloren, nicht aber meine Vision) meldete sich

Henry Winston, der Enkel eines Plantagenklavens und Sohn eines schwarzen Arbeiters aus Mississippi, zum Kampf zurück.

Doch zunächst bot ihm die Sowjetunion medizinische Hilfe an. Von der KP der USA wurde die Einladung zu einer Behandlung Winstons durch Spezialisten der UdSSR angenommen. Ihre Therapie führte zu einer allmählichen Überwindung der Lähmungserscheinungen; die Sehkraft des Patienten aber ließ sich nicht wiederherstellen. Sobald ihm die Ärzte ein



Henry Winston mit Angela Davis 1972 in Kalifornien
Foto: Steiniger

Minimum an Belastbarkeit zubilligten, reiste Winston in seine Heimat zurück, wo sich der gebildete Marxist-Leninist - er hatte nur wenige Jahre die Schule besucht und sich als Autodidakt unter schwierigsten Umständen ein hohes Wissen angeeignet - buchstäblich in die politische Arbeit stürzte. Er sprach auf Kundgebungen und in Versammlungen, hielt Lektionen und schrieb (mit Hilfe seiner Frau Fern und anderer Genossen) Artikel für die Parteipresse sowie Bücher von beachtlichem theoretischen Kaliber.

Im Jahre 1966 beschloß die KP der USA, den Blinden, der zu den politisch und ideologisch klarsichtigsten Köpfen des Landes gehörte, an ihre Spitze zu stellen. Der 18. Parteitag wählte den früheren Führer des kommunistischen Jugendverbandes zum National Chairman (Nationalen Vorsitzenden) der Partei. In dieser Funktion hat er bis zu seinem Tode in den 80er Jahren ein riesiges Pensum an Aufgaben bewältigt.

Man würde „Winnie“, wie ihn seine Genossen liebevoll nannten, jedoch nicht gerecht, wollte man hier darauf verzichten, seine menschliche Dimension anzudeuten. Wer Henry Winston selbst erlebt hat - und ich bin ihm sowohl in der DDR als auch in den USA beim Interview wie im ratsuchenden vertraulichen Vier-Augen-Gespräch wiederholt begegnet -, der wurde von seiner Wärme und Herzlichkeit, seinem stets wachen Interesse

für die kleinen Dinge des Alltags und der Fürsorglichkeit, mit der er sich um scheinbar belanglose Anliegen von Genossen kümmerte, tief beeindruckt. Dieser Mann stellte nicht wie manch leichter Gewogener vorgegaukeltes Schwergewicht zur Schau, sondern bewies seine Größe durch Schlichtheit und Gefühl für's Normale. Weggefährten war er ein verlässlicher, gütiger und väterlicher Freund, Gegenem ein unerbittlicher Kontrahent, der keinen Meter Boden kampflos abgab.

Als Winston im Juli 1968 ein paar „Urlaubstage“ in der DDR verlebte, die vor allem mit politischen Gesprächen ausgefüllt waren, traf ich - zu jener Zeit Leiter der Sektion Kapitalistische Länder in der außenpolitischen Redaktion des ND - mit ihm im Dresdener Interhotel „Astoria“ zusammen. Damals war die CSSR-Krise auf dem Siedepunkt. Die Konterrevolution, der Prags „Reformer“ in die Hände spielten, wollte zum entscheidenden Sprung ansetzen. Warschauer Vertragsstaaten bereiteten sich darauf vor, den Angriff abzuwehren. Fünf ihrer regierenden Parteien, darunter die SED, hatten eine unmißverständliche Warnung an KPTsch-Chef Alexander Dubcek (er wurde 1990 offiziell Sozialdemokrat) gerichtet, daß ein Einbruch des Imperialismus in die Phalanx der sozialistischen Länder Europas nicht hingenommen werde. Die KP-Führer des Westens - von Portugals festem Alvaro Cunhal abgesehen - schwiegen oder schwankten. So bat ich Winston für das ND um seine Meinung. Er zögerte keinen Augenblick. „Ich

habe den Eindruck, daß der Brief der fünf Parteien... ein Beispiel direkter Unterstützung für eine Bruderpartei ist und auf der Linie der Verteidigung des Sozialismus liegt“, lautete seine Antwort.

Im Frühjahr 1972 bin ich dann dem schwarzen Mann mit dem weißen Taststock im kalifornischen San Jose beim Prozeß gegen die auf Tod und Leben angeklagte, am Ende aber von der Geschworenengjury einstimmig freigesprochene linke Philosophiedozentin Angela Davis wiederbegegnet. Wir „parlirten“ in der Maximum-Sicherheitszone des Justizkomplexes für die Videokameras und Abhörmikrofone der Geheimpolizei des FBI. Chefs J. Edgar Hoover, saßen gemeinsam im Gerichtssaal und führten an freien Tagen lebhaft Debatten im Haus ortsansässiger Genossen. Selbst eine Gartenparty mit „Fototermin“ gehörte dazu. Dort habe ich „Winnie“ zum letzten Mal gesehen. Er war lustig und aufgeräumt.

Neun Jahre später - kurz nach seinem 70. Geburtstag, zu dem ich im ND etwas geschrieben hatte - bekam ich ein Paket aus New York. Der Absender war Henry Winston. Das Parcel enthielt sein letztes Buch „Rasse, Klasse und Schwarzenbefreiung“. Die überaus herzliche Widmung von der Hand Ferns und die zerfließende Signatur des Blinden stimmten mich froh.

Klaus Steiniger

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (10)

Evolution und Revolution

Anscheinend hat die Niederlage des europäischen Sozialismus unter Linken zu einer bedenklichen Begriffsverwirrung in Sachen Revolutionstheorie geführt. Eine linksradikale Minderheit neigt zur Verabsolutierung der Revolution als dem Werk revolutionärer „Eliten“ und lehnt Reformen ab oder unterschätzt deren Rolle im Klassenkampf. Weit verbreitet sind andererseits aber auch rechtsopportunistische Auffassungen, die zu einer Verabsolutierung der Evolution, zum Verzicht auf Revolution neigen und ihrerseits die Möglichkeit von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems überbewerten. Beiden politisch entgegengesetzten Auffassungen ist jedoch gemeinsam: Sie abstrahieren vom konkreten objektiven Geschichtsprozeß und verlagern das Problem in den Bereich subjektiver Befindlichkeiten und Entscheidungen. Dadurch wird dessen dialektisch-widersprüchliche Einheit von Evolution und Revolution willkürlich auseinandergesprengt. Eine Folge ist, daß die beiden geschichtlichen Entwicklungsformen als einander ausschließend gegenübergestellt werden. Während Evolutionen quantitative Veränderungen innerhalb eines gesellschaftlichen Systems zum Ausdruck bringen, sind Revolutionen auf die Beseitigung des Systems, dessen Ablösung durch ein höheres Gesellschaftssystem gerichtet. Evolutionäre Entwicklungen bereiten die Revolution vor, können sie aber nicht ersetzen.

Vorweggenommen sei: Ob in Zukunft soziale Revolutionen stattfinden werden oder nicht, hängt keineswegs vom Willen einer „Handvoll Agitatoren“ ab. Man kann keine Revolution „machen“, bestellen oder herbeireden. Man kann sie auch nicht exportieren oder importieren. Genausowenig läßt sich eine Revolution durch Verbote, programmatische Verzichtserklärungen oder sonstige Verkündungen verhindern. Wie der bisherige Verlauf der Weltgeschichte bewiesen hat, sind Revolutionen in antagonistischen Klassengesellschaften eine objektive Gesetzmäßigkeit. „Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz mehr gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein.“ (Marx, Das Elend der Philosophie, MEW 4/182)

Was ist denn nun eine Revolution?

Der Revolutionsbegriff stammt ursprünglich aus der Astronomie. Seine Anwendung auf politische und soziale Bewegungen erfolgte relativ spät, etwa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die inhaltliche Begriffsbestimmung war dabei sehr unterschiedlich. So wurden Revolutionen identifiziert mit Aufstand, Bürgerkrieg, Veränderungen des politischen Überbaus, in anderen Fällen als „Revolutionsrecht“ auf die Widerstandslehre bezogen - das Recht, eine Regierung zu stürzen, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Untertanen nicht nachkommt usw.

Allmählich wurden allgemeine Kennzeichen

einer Revolution herausgearbeitet - als Neuanfang nach einem entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit, als Bruch mit deren politischen und rechtlichen Verhältnissen (politische Revolution), als Bruch mit ihren gesellschaftlichen Verhältnissen (soziale Revolution) sowie als Bruch mit geistigen Vorstellungen und Weltanschauungen (kulturelle oder ideologische Revolution). Diese Bestimmungen waren noch sehr abstrakt, wobei die destruktive Seite der Revolution, die Zerstörung des Alten, oftmals einseitig verabsolutiert, ihre konstruktive Seite aber, die Schaffung einer neuen Gesellschaft, vernachlässigt wurde.

In der englischen und französischen Aufklärungs- und Revolutionsliteratur, in der klassischen deutschen Philosophie sowie in den Schriften des utopischen Kommunismus kamen die Verfasser nahe an die Erkenntnis heran, daß die soziale Revolution aus der geschichtlichen Entwicklung hervorgeht. Es blieb jedoch Marx vorbehalten, das Wesen und die historische Bedeutung der sozialen Revolution aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Dies war auch erst möglich, als mit der Entstehung des Kapitalismus die Klassenspaltung der Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat unverhüllt, frei von den mystifizierenden ideologischen Verschleierungen der Feudalgesellschaft, sichtbar wurde. Erst aus der Analyse der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus konnte das Phänomen der sozialen Revolution erklärt und zugleich die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution nachgewiesen werden. Die bedeutendste revolutionstheoretische Entdeckung von Marx war die Erkenntnis, daß die entscheidende Ursache sozialer Revolutionen in den dialektischen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, in der Herausbildung tiefgreifender Widersprüche zwischen beiden, die innerhalb der gegebenen Produktionsweise nicht mehr lösbar sind, zu suchen ist.

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW 13/9) Marx verwendet hier bewußt den Epochebegriff. Die Epoche bürgerlicher Revolutionen hat etwa 400 Jahre gedauert!

Weil der europäische Sozialismus durch eine Konterrevolution zeitweilig zurückgeworfen wurde, ist damit der sozialistische Revolutionszyklus nicht beendet. Die Epoche sozialistischer Revolutionen hat erst vor wenig mehr als 80 Jahren mit der Oktoberrevolution be-

gonnen. Es gab in der bisherigen Weltgeschichte kaum eine Revolution, der nicht eine Restaurationsperiode gefolgt wäre, die wieder durch neue revolutionäre Erschütterungen abgelöst wurde. Meist vollzog sich die Bewegung in veränderten Formen, weil sich ja auch die Bedingungen verändert hatten. Wann, in welchen Formen, mit welchen Methoden der sozialistische Revolutionszyklus seine Fortsetzung findet, ob in einem Sprung, explosiv, oder in mehreren Etappen, in allmählichen kleinen Sprüngen, ob und welche konterrevolutionären Bewegungen erneut Rückschläge verursachen können, wissen wir nicht. Was wir aber voraussehen können und müssen, ist, daß er weitergeht, bei Strafe des Rückfalls in die Barbarei als mögliche Alternative. Wenn z.Z. auch keine revolutionäre Situation besteht, so ist dies kein Grund, sich programmatisch auf evolutionäre Veränderungen, d.h. auf rein quantitative Verschiebungen innerhalb des imperialistischen Systems, festzulegen.

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort, In: MEW 13/7-11)



Vor 55 Jahren - am 18. August 1944 - wurde der Führer der deutschen Kommunisten und Held des antifaschistischen Widerstandes Ernst Thälmann von der SS im Konzentrationslager Buchenwald ermordet

**Sonntag, 22. August '99
um 11.30 Uhr
Ernst-Thälmann-
Gedenkstätte Ziegenhals**

**Es spricht: Armeegeneral i.R.
Heinz Keßler,
ehemaliger Verteidigungsminister
der DDR**



По нотам HATO Tschernomyrdin spielt nach NATO-Noten die Kapitulationshymne. Aus Prawda Rossii, Moskau

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSdP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andriä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Sigmar Eßbach

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Katrin Hellwig

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Frank Mühlefeldt

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter Szalkiewicz

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Nieder mit dem über Abdullah Öcalan verhängten Todesurteil!
Freiheit für das kurdische Volk!



Unsere treue und standhafte Mitstreiterin

Genossin Hanna Wolf

ist am 22. Juni 1999 im Alter von 91 Jahren verstorben. Das ganze Leben dieser außergewöhnlich klugen, hochgebildeten und streitbaren Marxistin-Leninistin war mit der Sache der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei verbunden. Als Leiterin der Zentralen Antifaschule in der Sowjetunion und langjährige Direktorin der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED hat sie Generationen Studierender mit Wissen und Standpunkten ausgerüstet. In ihrem Arbeitsleben galt sie als strenger, höchste Anforderungen an sich selbst und andere stellender Mensch. Genossinnen und Genossen der Gruppe Nordost haben ihren parteilichen Standpunkt, ihre großen Erfahrungen, ihr waches Interesse für das Kollektiv und ihren oft mit Herzlichkeit gepaarten Humor sehr geschätzt.

Wir werden dieser bedeutenden Persönlichkeit der internationalen kommunistischen Bewegung, der KPD, der SED und der DKP, ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf Wunsch der Familie findet die Beisetzung im engsten Kreis statt.